



AKADEMIE-REPORT

AKADEMIE FÜR POLITISCHE BILDUNG TUTZING



16 Ministerpräsident*innen, alle am selben Strang

Schwerpunktthema Pandemie: Wirtschaft - Medien - Bildung

ab Seite 3

Europa

Der „Green Deal“ gilt für viele als das Schicksalsprojekt der Europäischen Union. Europa soll bis 2050 der erste klimaneutrale Kontinent werden: eine Aufbastrategie für Europas Wirtschaft. **Seite 15**

USA

Stephan Bierling analysiert den Neubeginn nach Trumps Abwahl. Wird mit dem neuen US-Präsidenten Joe Biden alles anders? Kann er die polarisierte amerikanische Gesellschaft versöhnen? **Seite 28**

Zeitgeschichte

Werden nach 30 Jahren deutscher Einheit die aktuellen Herausforderungen in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft immer noch durch Teilung und Einigungsprozess geprägt? **Seite 29**

Blick über den See

Inhalt

SCHWERPUNKT

- 3** Wirtschaftliche Folgen der Pandemie
- 7** Corona – auch ein Stresstest für den Journalismus
- 12** Digitales Lehren und Lernen in der Pandemie

EUROPA

- 15** Auf dem Prüfstand: Die Klimaschutzpolitik der EU
- 19** Neue Politiksimulation zur EU-Klimapolitik

MEDIEN

- 20** Streitkulturen in digitalen Zeiten
- 22** Spannungsfelder und Kooperationen: Polizei in den Medien

BAUPOLITIK

- 23** Bauen in der Warteschleife
- 25** Normenflut und marode Infrastrukturen

CHINA

- 26** High-Tech-Industrie und Autoritarismus

USA

- 28** Neubeginn nach Trumps Abwahl

ZEITGESCHICHTE

- 29** Deutsche Einheit als fortwährende Herausforderung

AKADEMIE INTERN

- 24** Impressum
- 32** Simon Faets ist unser neuer Philosoph
- 33** Personalverzeichnis
- 34** Gründungsmutter der Akademie
- 35** Neues Digitalformat: der Wissenschaftstalk am Abend
- 35** Namen – Nachrichten

TITELABB.: © MESTER



Natürlich: Jede Ausgabe des Akademie-Reports ist etwas Besonderes – das werden sog. Blattmacher immer behaupten. Aber beim vorliegenden Heft tritt zur vollmundigen Behauptung die Evidenz: 97 Ausgaben erschienen unter der Redaktionsleitung von Dr. Michael Schröder. Was mit dem (Sonder-) Heft 3/97 anlässlich des 40-jährigen Bestehens der Akademie begann, endet mit diesem Heft 2/2021. Leider. Die Schröder-Ära klingt aus.

Michael Schröder hat nicht nur unzählige Tagungsberichte und sonstige Beiträge redigiert und das äußere Erscheinungsbild unseres Magazins mehrfach modernisiert und verändert. Der Report verdankt Herrn Schröder, dass es ihn überhaupt noch als Printmedium gibt: Unsere Akademie entschied sich dank der Überzeugungskraft Schröderscher Argumente bewusst dafür, Ihnen auch weiterhin etwas in die Hand zu geben. Etwas Inhaltsreiches vorweisen zu können, das wir (außerhalb pandemischer Zeiten) neben der postalischen Versendung auch bei Außenveranstaltungen auslegen oder bei Vortragsreisen mitbringen können, ist dem gesetzlichen Auftrag der Akademie angemessen.

Natürlich wollen wir Sie zunächst über die Inhalte unserer Veranstaltungen informieren und Ihre Neugierde auf Künftiges wecken. Als gelerntem Journalisten, studiertem Politik- und Kommunikationswissenschaftler, engagiertem politischen Bildner und kritischem Zeitgenossen ging es dem Redaktionsleiter Schröder aber immer auch darum, das zu bieten, was eine anregende Lektüre eben auch ausmacht: Fotos vom Tagungsbetrieb, Karikaturen, die nicht gefällig daherkommen, sondern gelegentlich auch Streit auslösen, sowie Informationen, was das Kollegium und die Direktorin jenseits der Tagungsarbeit noch alles so machen.

Zweifelsohne: Es wird den Akademie-Report auch nach dem altersbedingten Ausscheiden von Dr. Schröder geben. Angeblich ist ja ohnehin niemand unersetzlich. Aber mir werden Herrn Schröders medienpolitischer Sachverstand, seine jahrzehntelange Erfahrung, seine Fähigkeit, politische Veränderungen einzuordnen, und sein mitunter scharfes Urteil sehr fehlen. Corona macht es derzeit schwierig, sich angemessen von unserem langjährigen Dozenten zu verabschieden. Aber eines kann uns auch die Pandemie nicht vermiesen: Die künftige Redaktionsleitung wird der angemessenen Würdigung unseres Kollegen Schröder im nächsten und übernächsten Report ausreichend Platz einräumen. Das ist Einstellungsvoraussetzung.

Mit herzlichen Grüßen
Ihre

Prof. Dr. Ursula Münch
Direktorin der Akademie für Politische Bildung

Wirtschaftliche Folgen der Pandemie

Die COVID-19-Pandemie löste zum Jahresbeginn 2020 einen dramatischen Einbruch der Weltwirtschaft aus. Wie sieht nun die Bilanz seit dem letzten Herbst aus?¹

von Dr. Wolfgang Quaisser

IM SOMMER 2020 keimte Hoffnung auf, als niedrige Fallzahlen in Deutschland auf ein baldiges Ende der Pandemie hoffen ließen. Wissenschaftler warnten jedoch gleich vor zu großem Optimismus und tatsächlich stieg im Herbst die Inzidenz-Kurve wieder an. Damit nahmen auch die Unsicherheiten darüber zu, welche ökonomischen Folgen eine „zweite Welle“ haben würde. Die Weltwirtschaft setzte dennoch ihren Erholungskurs fort und vor dem Hintergrund der raschen Impfstoffentwicklung stieg die Zuversicht. Eine möglicherweise noch heftigere „dritte Welle“ verbreitete jedoch zu Ostern 2021 weiter Unsicherheit. Trotzdem gehen die boomenden Finanzmärkte von einem weiteren Aufschwung aus.

Im Oktober letzten Jahres prognostizierte der Internationale Währungsfonds (IWF) für 2020 ein Minus von 3,9 Prozent. Das wäre der stärkste Einbruch der



© DANNY SCHOENING / ISTOCK BY GETTY IMAGES

Weltwirtschaft nach dem Zweiten Weltkrieg. Während der Finanzkrise 2009 ging die Weltwirtschaft „nur“ um 0,1 Prozent zurück. Dank einer raschen Erholung in China und den USA fiel aber nach den neuesten Berechnungen des IWF vom April 2021 die ökonomische Kontraktion im letzten Jahr tatsächlich weltweit um minus 3,3 Prozent geringer aus. Die Angaben für Europa stellen sich im Vergleich zur Herbstprognose auch etwas günstiger dar (Eurozone 2020: minus 6,6 statt 8,3 Prozent). Die deutsche Wirtschaft geht demnach „nur“ um 4,9 statt um 6 Prozent zurück. Auch für die besonders betroffenen EU-Südländer stellen sich die Daten positiver dar, obwohl der BIP-Rückgang noch immer dramatisch ist.

Wirtschaftsentwicklung (BIP real) und Welthandel in Prozent

	2019	2020	2021*	2022*
Welt	2,8	-3,3	6,0	4,4
Fortgeschrittene Industrieländer	1,6	-4,7	5,1	3,6
USA	2,2	-3,5	6,4	3,5
Japan	0,3	-4,8	3,3	2,5
Eurozone	1,3	-6,6	4,4	3,8
Deutschland	0,6	-4,9	3,6	3,4
Frankreich	1,5	-8,2	5,8	4,2
Italien	0,3	-8,9	4,2	3,6
Spanien	2,0	-11,0	6,4	4,7
Schwellen- und Entwicklungsländer	3,6	-2,2	6,7	5,0
China	5,8	2,3	8,3	5,6
Ärmere Entwicklungsländer	5,3	0,0	4,3	5,2
Welthandel (Volumen)	0,9	-8,5	8,4	6,5

*Prognosen

Quelle: IWF: World Economic Outlook, April 2021

¹ Vgl.: Wolfgang Quaisser: Weltwirtschaft in der Corona-Pandemie, Akademie-Kurzanalyse Nr. 3 / November 2020

Insgesamt besteht die Hoffnung, dass die Wirtschaftskrise V-förmig verläuft, d.h. nach einem drastischen Einbruch setzt eine rasche Erholung ein. Während der „ersten Welle“ der Pandemie hatte die deutsche Industrie stark unter dem Einbruch des Welthandels und dem Zerfall von Lieferketten zu leiden. Nunmehr profitierte sie deutlich von der anziehenden chinesischen und amerikanischen Konjunktur. Die bisherigen Erfahrungen und Modellberechnungen zeigen, dass ein kurzer und harter Lockdown nicht nur Menschenleben retten, sondern auch zu einer rascheren Wirtschaftsbelebung führen kann. Mit dieser Strategie ist Deutschland im Gegensatz zu anderen Ländern (Großbritannien, USA) in der ersten Welle zunächst gut gefahren. Doch nunmehr wird die Verfügbarkeit von Impfstoff ein entscheidender Faktor der Pandemiebekämpfung und der wirtschaftlichen Erholung. Hier sind die EU-Länder besonders im Vergleich zu den USA, Israel und Großbritannien zu langsam. Dies dürfte auch der Grund sein, warum im Vergleich zur Herbstprognose das deutsche Wirtschaftswachstum 2021 von 4,2 auf 3,6 Prozent (Eurozone von 5,2 auf 4,4 Prozent) nach unten korrigiert wurde.

Regionale Disparitäten wachsen

Verglichen mit den Wachstumsprognosen vor der Krise rechnet der Währungsfonds bis zum Jahr 2024 mit einem Verlust der weltweiten Wirtschaftsleistung von drei Prozent. Der Schaden wäre demnach geringer



China ist ökonomisch relativ gut durch die Pandemie gekommen.
© Bet_Noire / iStock by Getty Images

als nach der großen Finanzkrise 2008/2009. Die Prognose für die reale Wirtschaftsleistung pro Einwohner zeigt jedoch, dass die Einkommensunterschiede zwischen den Weltregionen wachsen werden. Verglichen zu den Vorhersagen vor der Corona-Krise wird

bis zum Jahr 2024 das BIP pro Kopf in den Industrieländern dank milliardenschwerer Rettungspakete nur um 2,3 Prozent geringer sein, in den Schwellen- und Entwicklungsländern jedoch um 4,7 Prozent. In den ärmsten Ländern fällt der Rückgang nochmals stärker aus (minus 5,7 Prozent). Damit nimmt die Einkommenskluft zwischen ärmeren und reicheren Ländern zu. China ist mit einem prognostizierten Wirtschaftswachstum schon in 2021 von 8,3 Prozent eine bemerkenswerte Ausnahme. Die Vorhersagen sind jedoch mit erheblichen Unsicherheiten behaftet. So bleiben die möglichen Auswirkungen einer „dritten Welle“ unberücksichtigt. Zudem geht man optimistisch davon aus, dass die Pandemie bis Ende 2022 weltweit überwunden sein wird.

Mehr Staat oder mehr Markt?

Die Erholung erfolgt dank massiver staatlicher Interventionen. Es gilt Unternehmen zu retten, das gesunde Produktionspotential zu schützen, soziale Härten zu vermeiden, durch Kurzarbeitergeld hohe Arbeitslosigkeit zu verhindern, die Nachfrage zu stimulieren und das Gesundheitssystem zu stützen. Ansonsten droht eine Negativspirale, die in einer anhaltenden Depression enden kann. Hierfür haben Deutschland fast 35 Prozent und die USA etwa 20 Prozent des Sozialprodukts aufgewendet. Über die Notwendigkeit der Rettungsprogramme sind sich die meisten Ökonomen einig. Gestritten wird allenfalls über das Ausmaß und die Dauer der Interventionen und darüber, ob sie mit struktur- und klimapolitischen Zielen verknüpft werden sollten. So forderte die Ökonomin Mariana Mazzucato den „unternehmerischen Staat“, der investiert, koordiniert und privatwirtschaftliche Kräfte mit dem Gemeinwohl in Verbindung bringt. Liberale Ökonomen wollen dagegen nur in Ausnahmen bei massiven Krisen und bei Marktversagen intervenieren. Es wird spannend, wie sich diese Debatte nach dem Ende der Pandemie weiterentwickelt.

EU ist gefordert

Die EU hat als wichtiger Akteur in der Krise bei der Impfstoffbeschaffung und der Förderung entsprechender Produktionskapazitäten die Erwartungen nicht erfüllt. Die damit verbundenen gesundheitlichen und wirtschaftlichen Schäden haben viel Vertrauen gekostet. Dagegen hat die EU mit einem Wiederaufbauprogramm von fast 1,5 Billionen Euro (ca. 14 Prozent des EU-Sozialprodukts) recht beherzt agiert. Manche kritisieren das Programm als überdimensioniert und vermissen eine Konditionalität von „Geld gegen Reformen“. Zudem wird bemängelt, dass nur ein Teil durch Kredite, ein beachtlicher Teil jedoch über Zuschüsse finanziert wird. Gänzlich neu ist auch die Finanzierung, denn die EU gibt erstmals eigenständig Anleihen aus, die letztlich durch die Nationalstaa-

ten garantiert werden. Die alten Debatten über „Eurobonds“ – jetzt „Corona-Bonds“ – kommen wieder hoch und werden nicht so schnell verstummen, zumal das Bundesverfassungsgericht zunächst Einspruch gegen die Zustimmung des entsprechenden Gesetzes erhoben hat.

Stabiler Arbeitsmarkt in Deutschland

Die Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie treffen einige Sektoren besonders stark (Tourismus, Gaststätten, Einzelhandel, Musik- und Kulturbranche), andere machen dagegen große Gewinne (Online-Versandunternehmen). In Deutschland verhindern die ausgebauten Sozialsysteme extreme Härten, aber nicht alles kann kompensiert werden. Die Arbeitslosenquote ist jedoch im Januarvergleich



Der Online-Handel ist der Gewinner der Krise.

© William_Potter / istock by Getty Images

2020 zu 2021 von 3,6 auf ca. 5 Prozent nur moderat gestiegen. Die Quote lag Ende 2020 beispielsweise in Italien bei 9, in Spanien bei 16 Prozent. Als wichtiges Kriseninstrument dient in Deutschland das Kurzarbeitergeld, das teilweise EU-finanziert auch in anderen Ländern mit deutlich geringeren Summen eingeführt wurde. Trotz der tiefen Krise weisen 80 Prozent der deutschen Beschäftigten ein normales Arbeitsverhältnis aus. Künftig wird es im Zuge der Digitalisierung darum gehen, die auseinanderfallenden Qualifikationsprofile zwischen „alten und neuen“ Arbeitsplätzen durch eine aktive Arbeitsmarktpolitik (Um- und Weiterqualifizierungen) zu überbrücken, um Langzeitarbeitslosigkeit zu vermeiden.

Soziale Ungleichheit wächst

Es ist zu befürchten, dass die soziale Ungleichheit im Verlauf der Pandemie wächst und ungleiche Bildungschancen zementiert werden. Teile der Gesellschaft werden durch den Wertzuwachs von

Immobilien- und Aktienvermögen noch reicher. Einkommensschwache Schichten und besonders betroffene Branchen kämpfen dagegen ums Überleben. Mit Sicherheit wird die „soziale Frage“ an politischer Brisanz gewinnen, vor allem dann, wenn es um die Bewältigung der mittel- und langfristigen Kollateralschäden geht. Die Forderung nach mehr Umverteilung, einer gerechteren Lastenverteilung oder sogar einer Vermögensabgabe wird insbesondere von der Linken erhoben. Letzteres ist mit Sicherheit keine gute Idee und würde langfristig das Vertrauen in die Marktwirtschaft untergraben und durch Kapitalflucht mehr Schaden als Nutzen bringen. Ein großer Fortschritt wäre es schon, wenn die großen Gewinner in der Pandemie – u.a. die Digitalkonzerne – stärker zur Besteuerung herangezogen würden. Dies ist jedoch nur im Rahmen einer internationalen Koordinierung möglich. Hier zeichnet sich mit der neuen US-Administration eine Chance ab, denn die Finanzministerin Janet Yellen hat im April 2021 eine Mindestbesteuerung für Digitalkonzerne vorgeschlagen.

Staatsverschuldung steigt

Die Hilfsprogramme lassen die Staatsverschuldung dramatisch ansteigen. Weltweit wird sie bald das Niveau vom Ende des Zweiten Weltkriegs erreicht haben (ca. 120 Prozent des weltweiten BIP). In den meisten südeuropäischen Ländern sieht es noch dramatischer aus (Italien 2020: ca. 160 Prozent des BIP). Der deutsche Finanzminister Olaf Scholz hat im März diesen Jahres den Nachtragshaushalt für 2021 von 35 Mrd. Euro auf 60 Mrd. Euro und für 2022 von 10 auf 85 Mrd. Euro aufgestockt. Die Nettoneuverschuldung wird in diesem Jahr 240 Mrd. Euro betragen. Für 2020 und 2021 zusammen erreicht sie 370 Mrd. Euro, was etwa dem Bundeshaushalt eines ganzen Jahres entspricht. Die Staatsverschuldung wird demnach in Deutschland 2021 auf ca. 70 Prozent des BIP, in den USA auf 130 Prozent und in Japan auf 260 Prozent des BIP steigen. Nur zur Erinnerung: Die Maastricht-Grenze beträgt 60 Prozent. Selbst wenn in Deutschland wieder die Marke von 80 Prozent des BIP erreicht würde, wäre dies verkraftbar, erfordert jedoch bei solider Rückführung der Schulden künftig erhöhte Sparanstrengungen. Spannende Diskussionen sind zu erwarten, denn der erhebliche Investitionsbedarf in den Bereichen Klimawandel, Digitalisierung und Bildung wird Forderungen nach einer „Flexibilisierung“ des europäischen Stabilitätspaktes und in Deutschland nach einer Aussetzung oder Abschaffung der Schuldenbremse befeuern.

Mittelfristige Inflationsgefahr

Die Zentralbanken unterstützen die Rettungspolitik mit einer fast unbegrenzten Ausdehnung der Geldmenge. Inzwischen hat die Europäische Zentralbank

im Rahmen des PEPP (Pandemic Emergency Purchase Program) fast zwei Billionen Euro in die Märkte gepumpt. Ähnlich agieren die amerikanische Zentralbank FED sowie weitere Notenbanken. Damit werden, mit einem kurzen Umweg über die privaten Kapitalmärkte, Staatsanleihen aufgekauft. Mit der Geldschwemme steigt die Inflationsgefahr nicht kurzfristig, aber die Gefahren wachsen mittelfristig. Den US-Demokraten zugeneigte Ökonomen wie Larry Summers und Oliver Blanchard sehen das sehr üppige Konjunkturprogramm von Joe Biden mit 1,9 Billionen US-Dollar kritisch. Es berge das Risiko, die aufkommende Nachfrage nicht decken zu können und eine Preis- und Lohnspirale in Gang zu setzen.

Schwierige Exit-Strategie

In einem solchen Fall müsste die FED mit steigenden Zinsen reagieren. Ein zu abrupter Anstieg würde einen Crash auf den Aktienmärkten provozieren und auch die Staatsfinanzierung gefährden. Aus der extrem lockeren Geldpolitik ohne größere Schäden wieder herauszukommen, wird schwierig sein. Die Frage ist jedoch, ob man das wirklich will, oder ob man sich durch eine, das nominelle BIP-Wachstum übersteigende Inflation der Schulden entledigen möchte. Erhöht die FED die Zinsen, so würde sich das unmittelbar auch auf Europa auswirken. Die Folgen der monetären Expansion sind schon in Deutschland im März 2021 insofern spürbar, als die Deutsche Bundesbank ihre Risikovorsorge wegen des Aufkaufprogramms von Staatsanleihen erhöhte und damit für 2020 keine Überweisung von Bundesbankgewinnen an den stark defizitären Bundeshaushalt mehr erfolgte.

Finanzmärkte im Boom

Trotz der Krise reißen die Börsen ein Allzeithoch nach dem anderen. Getrieben werden die Märkte durch die lockere Geldpolitik und die Hoffnung auf ein baldiges Ende der Pandemie infolge der Impfkampagnen. Zudem ist aufgrund der Beschränkungen im Konsum die Sparquote gestiegen und viel Geld fließt vor allem in den USA in die Aktienmärkte. Nicht nur reiche Haushalte, sondern auch Kleinanleger engagieren sich verstärkt in den Märkten. Dies ist einerseits bedenklich („Dienstmädchenhaussse“), andererseits sind die Käufe nicht kreditfinanziert, d.h. für Finanzmarktblasen nicht so anfällig. Auch der Bankensektor blieb bisher erstaunlich stabil, doch drohen Kreditausfälle im Zuge vermehrter Insolvenzen. Das kann gefährlich werden, zumal immer wieder Unheil von unbekannter Seite droht. So hat sich jüngst ein wenig bekannter Hedgefonds aus New York im großen Stil verspekuliert und

mehrere internationale Großbanken mussten hohe Verluste hinnehmen. Trotz Regulierungen bleiben offensichtlich blinde Flecken im Finanzsystem.

Ein Ende der Globalisierung wie während der großen Depression wäre die größte Gefahr für die Weltwirtschaft. Ein solches Szenario ist trotz internationaler Spannungen eher unwahrscheinlich. Mittel- und langfristig kann die Pandemie jedoch dazu führen, dass bestehende Wertschöpfungsketten und Produktionsprozesse überdacht werden, um eine größere Stabilität und Sicherheit zu gewährleisten. Die Blockade des Suezkanals durch das Containerschiff *Ever Given* im März 2021 verdeutlicht die Anfälligkeit der globalen Lieferketten, von denen vor allem die deutsche Industrie abhängig ist. Größere Puf-



Das Volumen des Welthandels ging im letzten Jahr um 8,5 Prozent zurück.
© Elena Horrmann / istock by Getty Images

fer und Sicherungen sowie eine Diversifizierung von Zulieferfirmen und Importregionen wären sicherlich sinnvoll. Dadurch entstehen zwar höhere Kosten, die aber auch den technologischen Wandel in den Firmen fördern könnten.

Entscheidend für den Ausgang der Krise wird sein, welche direkten und indirekten ökonomischen Effekte die Pandemie auf die Produktionsfaktoren Arbeit, Kapital und das Humankapital sowie das technologische Wissen haben werden. Negative Effekte sind dann zu erwarten, wenn die Pandemie protektionistische Tendenzen stärkt und einen Teil des Produktionspotentials dauerhaft schädigt bzw. strukturelle Arbeitslosigkeit erhöht. Im Moment scheint die Weltwirtschaft recht rasch auf den Wachstumspfad zurückzukehren. Es werden auch gute Geschäftsideen freigesetzt und neue Trends verstärkt (Home-Office, Online-Handel). Dies kann auch langfristig die Produktivität erhöhen und der Weltwirtschaft erneuten Schwung geben. 🏠

Corona – auch ein Stresstest für den Journalismus

Über kein Thema wurde seit Jahresbeginn 2020 so intensiv in den Medien berichtet wie über die Corona-Pandemie und ihre Folgen. Wie haben sich Nutzung und Inhalte der Medien seitdem verändert?

von Dr. Michael Schröder

AM ENDE des Jahres 2019 wurde die in Wuhan aufgetretene, neuartige Infektionskrankheit COVID-19 zum ersten Mal in deutschen Medien beschrieben. Das erschien als Nachricht, die für die meisten Menschen in Deutschland und Europa weit weg und ohne Bedeutung für den eigenen privaten und beruflichen Alltag war. China – natürlich! Ein tödliches Virus aus der molekularen Ursuppe eines exotischen Wildtiermarktes im Herzen einer fremden Kultur. Man wusste ja schon immer, dass Chinesen seltsame Essgewohnheiten und zweifelhafte hygienische Standards haben. Alte China-Klischees feierten fröhliche Urständ. Der „Spiegel“ erscheint am 1. Februar mit dem Bild einer asiatisch aussehenden Person samt Mundschutz und der leuchtend gelb gedruck-



Die „gelbe Gefahr“ auf dem „Spiegel“-Titel vom 1. Februar 2020



Die BILD erschien wochenlang mit Corona-Schlagzeilen in grellem Gelb.

ten Zeile „Corona-Virus: Made in China“ auf dem Titel. Die „BILD“ wählt als Alarmfarbe für ihre Corona-Berichterstattung der nächsten Monate ebenfalls ein grelles Gelb. All dies ist ein Echo auf das Schmähwort von der „gelben Gefahr“ aus Kaiser Wilhelms Zeiten.

Die Frühphase

Mit Überheblichkeit nähern sich Teile der westlichen Medienwelt in dieser Frühphase zu Beginn des Jahres 2020 dem bisher unbekannten Virus. Die Gefahr scheint abstrakt und weit entfernt. Bilder von



© MESTER

zugemauerten Ausfallstraßen in Wuhan wirken wie morbide Symbole eines Unterdrückerregimes, das mit übertriebener Härte seine zweifelhafte Informationspolitik zu kaschieren versucht. Wer bei uns zu diesem Zeitpunkt COVID-19 ernst nimmt, gerät in die Gefahr, ausgelacht zu werden. Selbst das Robert-Koch-Institut (RKI) bewertet das Risiko für Deutschland als „gering bis mäßig“.

Doch am 25. Januar erreicht das Virus auch Europa. Frankreich meldet erste Infektionen. Drei Tage später ist auch Deutschland betroffen: Der erste an Corona Erkrankte stammt aus dem Landkreis Starnberg und wird in München behandelt. Im Februar steigen in vielen Ländern die Infektionszahlen und Todesfälle dramatisch. Bergamo und Ischgl kommen in die Schlagzeilen. Doch in Deutschland wird Fasching gefeiert und Starkbierfeste gehen wie gewohnt über die Bühne. Der bayerische Wirtschaftsminister Hubert Aiwanger preist sogar Starkbier „als beste Medizin gegen Corona“ an.

Das Virus kommt näher

Immer mehr Medien kümmern sich nun um das Thema, das nun nationale Dimensionen bekommt und näher rückt. Redaktionen beobachten sich gegenseitig, das Thema schaukelt sich hoch und erlangt schließlich eine nie dagewesene Dominanz. Es kommt zu einem Dramatisierungs- und Überbietungswettbewerb.

Ende Februar nimmt ein Krisenstab zwar die Arbeit auf, aber das RKI sieht immer noch keinen Grund zur Panik. Mitte März verändert sich die Lage vollkommen: Am 13. März wird die Schließung von Schulen und Kitas beschlossen, Grenzen zu den Nachbarländern werden geschlossen. Das öffentliche Leben wird heruntergefahren, Kontaktverbote treten in Kraft. Deutschland befindet sich im Lockdown.

Spätestens ab jetzt sind das Corona-Virus und seine Folgen in den Medien omnipräsent. Zwischen Januar und September 2020 entfiel durchschnittlich mehr als die Hälfte (52,6 %) der Sendezeit in sechs Fernsehnachrichtensendungen (Tagesschau, heute, RTL aktuell, Sat.1 Nachrichten, Tagesthemen und heute journal) auf das Corona-Thema. Mitte März waren es sogar 95 Prozent. 80 Prozent der Sendezeit von aktuellen Sondersendungen kamen von ARD und ZDF. Corona absorbiert fast alle anderen Themen: Die Bundestagswahl (12,1 %), Klimapolitik (8,9 %), Flucht (5,8 %), die US-Wahlen (2,3 %) und der Brexit (1,0 %) liegen weit abgeschlagen auf den nächsten Plätzen.¹

Großes Informationsbedürfnis

Die Sendeanstalten befriedigen damit aber auch die steigende Nachfrage nach Informationen zum neuartigen Virus. Die „Tagesschau“ um 20 Uhr hat normaler-

Besonders in der jungen Generation der 14- bis 29-Jährigen ist in der Krise die Wertschätzung der öffentlich-rechtlichen Fernseh- und vor allem Radioangebote mit seriösen Nachrichten deutlich angestiegen.⁴

Allein in der Woche vom 16. bis 23. März erscheinen in den deutschen Medien mehr als 221.000 Beiträge zum Thema Corona. Die Eilmeldungen der Deutschen Presse-Agentur kommen fast im Minutentakt: Die dpa sendet im März 241 Eilmeldungen. Das sind fast doppelt so viele wie im März 2019 (124). Rund zwei Drittel der aktuellen Eilmeldungen haben mit der Corona-Krise zu tun. Nur einmal hat es noch mehr Meldungen dieser Art gegeben – nämlich 270 bei der Reaktorkatastrophe von Fukushima am 11. März 2011.

Diese Wochen im März sind zunächst die Stunde der Exekutive. Parlamentarische Beratungen zu den einschneidenden Maßnahmen und Grundrechtseinschränkungen finden nicht statt. Opposition und Kritiker tun sich schwer, sich Gehör zu verschaffen. Unter den Journalisten setzt sich eine herrschende Sichtweise durch, die das Handeln der Regierungen in Bund und Ländern propagiert.

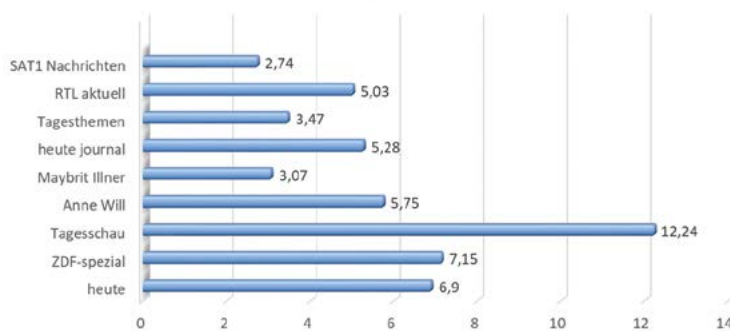
„Herdenjournalismus“

Medienwissenschaftler wie Stephan Russ-Mohl beobachten einen „Herdenjournalismus“, der sich nicht mehr auf seine Funktionen Kritik und Kontrolle besinnt. Der Vorwurf: Viele Journalisten sind zu sehr Lautsprecher der Regierung und der Experten geworden: „Im Herdentrieb vereint, dem Clickbaiting und den

Gesetzen der Aufmerksamkeitsökonomie folgend, haben sie gleichsam über Nacht die Pandemie zum alles beherrschenden Thema gemacht.“⁵

Der Zeitraum von Beginn der Pandemie bis Mitte März steht besonders in der Kritik: zu viel Einigkeit und zu wenig Meinungsvielfalt. In dieser Zeit sind von den Medien im Grunde alle Maßnahmen der Politik und die Ratschläge der Virologen ohne Kritik und ohne eigene Recherche verkündet worden.

**Einschaltquoten der Informationssendungen
am 22. März 2020, Zuschauer in Mill.**



Veränderung der Mediennutzung

© Eigene Darstellung, Datenquelle Medienmagazin DWD (Ohne Dritte Programme, Phoenix, 3sat etc.)

weise inklusive der Ausstrahlung auf anderen Kanälen rund 11 Millionen Zuschauer. Am 22. März 2020 sind es bis zu 18 Millionen, über 12 Millionen allein im Ersten. Im Durchschnitt sehen während des ersten Lockdowns fast 15 Millionen Menschen täglich die Hauptausgabe. Das entspricht einem Marktanteil von knapp 43 Prozent.² Auch das ZDF mit „heute“ verzeichnet Zuwächse. Waren es vor dem Lockdown noch rund 4,5 Millionen Zuschauer täglich um 19 Uhr, so stieg die Zahl ab dem 16. März auf rund 6 Millionen.³

¹ Hans-Jürgen Weiß/Matthias Wagner/Torsten Maurer: Aktuelle Fernsehberichterstattung über die Corona-Krise. Daten des Nachrichtenmonitors und der ARD/ZDF-Programmanalyse, in: Media Perspektiven 10-11/2020, S. 591.

² Birgit van Eimeren/Bernhard Kessler/Thomas Kupferschmitt: Auswirkungen der Corona-Pandemie auf Mediennutzung, Motive und Bewertungen. Sonderauswertungen der ARD/ZDF-Massenkommunikation Langzeitstudie, in: Media Perspektiven 10-11/2020, S. 543.

³ Ebd.

⁴ Ebd., S. 599.

⁵ Stephan Russ-Mohl: Streitlust und Diskurskultur vor und nach Corona, in: ders. (Hrsg.): Streitlust und Streitkunst, Köln 2020, S. 31.

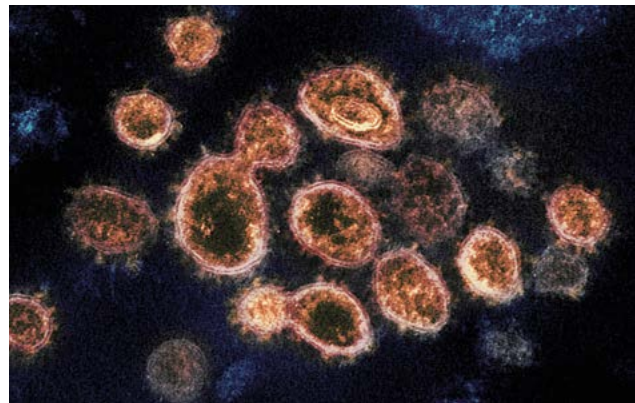
Dafür gibt es aber auch zahlreiche Gründe. Die überwiegende Zahl der Journalisten sah es in dieser bedrohlichen Ausnahmesituation durchaus als ihre Aufgabe an, die Botschaft der Regierenden („Flatten the Curve“) einem mit der neuartigen Situation überforderten Publikum angemessen zu vermitteln. Auch die Journalisten arbeiteten unter schwierigen Bedingungen: Home-Office, Krankheitsausfälle, weniger Kom-

Bevölkerung. Aber eigene Recherchen und kontroverse Meinungen sind in dieser Phase der Pandemie-Berichterstattung immer noch Mangelware.

Dieser beschriebene Ausnahmezustand, der die ganze Gesellschaft ergreift, darf nur nicht zu lange dauern. Medien müssen die oppositionellen Stimmen aus Politik und Wissenschaft aufgreifen und wieder eine neue Dynamik in den Diskurs einbringen. Politik in einer freiheitlichen Demokratie ist nicht alternativlos. Dies zu vermitteln, ist nach einer kurzen Schockstarre auch zunehmend wieder gelungen. Der Meinungs- und recherchierende Journalismus fasste wieder Tritt. Kritische Stimmen wie die von Wolfgang Schäuble oder Hans-Jürgen Papier zu den Einschränkungen der Grundrechte wurden aufgegriffen und deren Thesen thematisiert und diskutiert. Von einer anhaltenden, einseitigen und unkritischen Regierungspropaganda kann jetzt nicht mehr die Rede sein.

Vertrauen kehrt zurück

Die „Lügenpresse“-Kampagne hat ihren Zenit überschritten. Das Vertrauen in die Medien kommt auch dank Corona zurück. 2015 sagten nur noch 28 Prozent der Deutschen, ihr Vertrauen in die Medien sei „hoch“. Im September 2020 halten 82 Prozent die öffentlich-rechtlichen Medien in der Berichterstattung über Corona für gut oder sehr gut. Dahinter folgen Tageszeitungen mit 68 Prozent, der Private Rundfunk mit 38 Prozent und Social-Media Plattformen zwischen 4 und 9 Prozent.⁶



Das neuartige Corona-Virus SARS-CoV-2 unter dem Elektronenmikroskop

© NIAID-RML/Public Domain Mark 1.0

Die Eilmeldungen der Deutschen Presse-Agentur kommen fast im Minutentakt.

© Schröder (APB)

munikation in den Redaktionen. Es handelte sich um ein völlig neues Thema. Es gab kaum noch Wissenschaftsredaktionen mit naturwissenschaftlich ausgebildeten Redakteuren. Die vielen „Generalisten“ unter den Politik- und Nachrichtenredakteuren mussten sich selbst erst einmal auf den Stand der Dinge bringen und die zum Teil auch widersprüchlichen Studien lesen und verstehen.

Kontroversen sind Mangelware

Im März 2020 befanden sich nicht nur die Medien im Ausnahmezustand. In Deutschland explodiert die Zahl der Infizierten. Die schiere Masse der täglichen Meldungen machte es unmöglich, ausreichend in die Tiefe zu gehen. Es ging erst einmal darum, das für alle Neuartige zu verstehen. Über Nacht war die Virologie die Grundlage aller politischen Entscheidungen geworden. Und deren – durchaus nicht einheitlichen – Erkenntnisse mussten der Öffentlichkeit erst einmal erklärt werden. Offenbar dürfte den meisten Journalisten und Kommentatoren die Notwendigkeit der verordneten Maßnahmen (Kontaktverbote bzw. -beschränkungen, Schulschließungen, geschlossene Geschäfte, Abstands- und Maskenpflicht) schlicht einleuchtend gewesen sein – ebenso wie der großen Mehrheit der

Geringer wird die Qualität der öffentlich-rechtlichen Berichterstattung zur Corona-Pandemie von Bürgerinnen und Bürgern bewertet, denen die staatlichen Maßnahmen zur Bekämpfung der Corona-Pandemie zu weit gehen oder die generell unzufrieden mit dem

⁶ Infratest dimap: Glaubwürdigkeit der Medien 2020, online unter: <https://www.infratest-dimap.de/umfragen-analysen/bundesweit/umfragen/aktuell/glaubwuerdigkeit-der-medien-2020/> (letzter Aufruf: 05.02.2021).

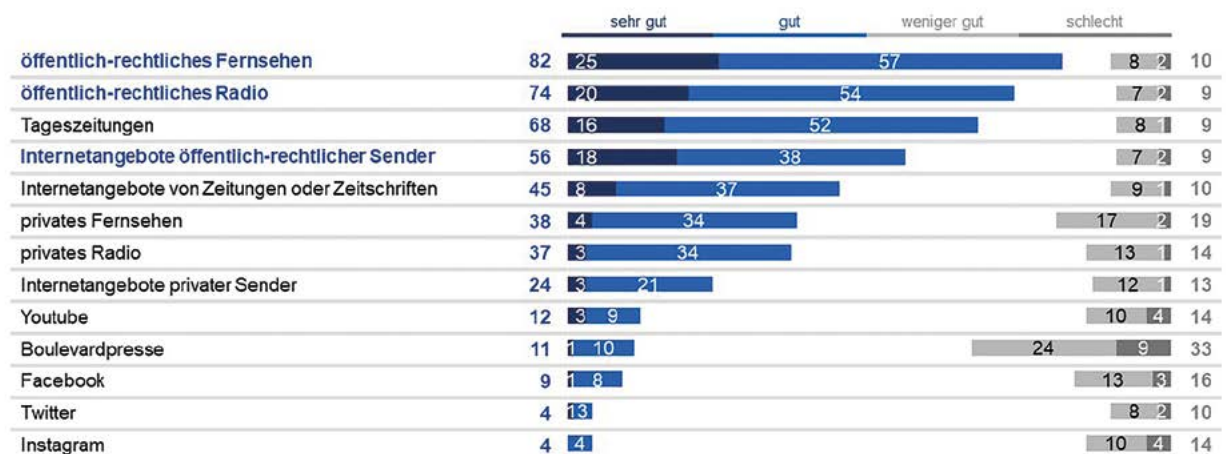
Funktionieren der Demokratie in Deutschland sind, darunter besonders viele Menschen in Ostdeutschland. Sie stehen der Berichterstattung der öffentlich-rechtlichen Medien aber unabhängig vom thematischen Kontext grundsätzlich skeptischer gegenüber und vermuten auch deutlich häufiger eine politische Einflussnahme auf die Berichterstattung. Das Gros der Bevölkerung (60 Prozent) glaubt indes nicht, dass den deutschen Medien von Staat und Regierung vorgegeben wird, worüber sie berichten sollen.⁷

Dieses Vertrauen ist flächendeckend über die Altersgruppen hinweg. Es bröckelt ein wenig ab bei jüngeren Menschen, die stärker auf Social Media-Angebote setzen.

Skeptiker werden lauter

Im nun bereits seit vier Wochen andauernden Lockdown zerbricht im April 2020 der anfängliche gesellschaftliche Konsens über die getroffenen Coro-

Glaubwürdigkeit der Medien 2020 Bewertung der Corona-Berichterstattung



Bitte denken Sie nun an die Berichterstattung zur Corona-Pandemie. Ich nenne Ihnen nun nochmal einige Medien. Sagen Sie mir bitte jeweils, ob Sie die Berichterstattung zu Corona in diesen Medien als sehr gut, gut, schlecht oder sehr schlecht beurteilen. Falls Sie ein Medium nicht nutzen oder nicht beurteilen können, geben Sie das bitte an.

Grundgesamtheit: Wahlberechtigte in Deutschland
Werte in Prozent
Fehlende Werte zu 100 Prozent: Nutze ich nicht / kann ich nicht beurteilen / weiß nicht / keine Angabe

infratest dimap

© INFRATEST

Andere Studien kommen zu ähnlichen Ergebnissen: „Die Corona-Pandemie erzeugte zu Beginn ein außergewöhnlich hohes Informationsbedürfnis. In dieser Phase informierten sich die meisten Menschen über den öffentlich-rechtlichen Rundfunk, Behörden und Institutionen aber auch den Austausch über private Kontakte. Im Verlauf der Pandemie schwächte sich das Informationsbedürfnis etwas ab. Im Zeitverlauf blieb die Nutzung der etablierten Medien auf vergleichsweise hohem Niveau, während die Nutzung der weniger etablierten Informationslieferanten zurückging. Der Berichterstattung der etablierten Medien wurde dabei ein hohes Maß an Zuverlässigkeit sowie Vertrauens- und Glaubwürdigkeit zugeschrieben. Gerade die Berichterstattung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks wurde als konstruktiv und besonnen charakterisiert.“⁸

na-Maßnahmen. Die Kritik der Skeptiker wird lauter und findet ihren Widerhall auch in den Medien. Die Berichterstattung wird breiter und nach Ostern wird sie auch vielfältiger. Berichte über „Hygienedemos“ von Corona-Leugnern (sog. „Querdenker“) in vielen deutschen Städten verstärken den Eindruck einer wachsenden Schar von Menschen, die die Abstandsregeln infrage stellen oder gar die Gefahren des neuen Virus leugnen. Das Problem bei dieser Art von Berichten: Wird über solche lauten Minderheiten nicht zu viel berichtet? Kriegen diese Anhänger von Verschwörungsmysen damit nicht einen Stellenwert, der ihnen von ihrer gesellschaftlichen Relevanz her gar nicht zusteht? Diese redaktionelle Abwägung bleibt immer eine Gratwanderung zwischen dem Informationsbedürfnis der Öffentlichkeit und Ausgewogenheit einerseits. Andererseits setzen sich Journalisten bei

⁷ Ebd.

⁸ Christina Viehmann/Marc Ziegele/Oliver Quiring: Gut informiert durch die Pandemie? Nutzung unterschiedlicher Informationsquellen in der Corona-Krise. Ergebnisse einer dreiwöchigen Panelbefragung im Jahr 2020, in: MediaPerspektiven 10-11/2020, S. 599).

Nichtbeachtung dieser Gruppen dem Verdacht aus, als „Lügenpresse“ und „Systemmedien“ Zensur im Sinne der Mächtigen auszuüben.

Monothematische Ausrichtung

Zu diesem Zeitpunkt verliert Corona an thematischer Zugkraft. Das Publikum wendet sich ab angesichts einer Informationsüberflutung („Information overload“) und der zunehmend monothematischen Ausrichtung der wichtigsten Nachrichtensendungen im deutschen Fernsehen: In der ersten Hälfte des Jahres 2020 kommt es zu einem dramatischen Anstieg des Umfangs der Corona-Berichterstattung: von 9 Stunden im Februar über 64 Stunden im März auf 70 Sendestunden im April. Der Anteil der Corona-Berichterstattung am Gesamtvolumen der Nachrichten wuchs innerhalb von fünf Wochen von 3 auf 95 Prozent. Dazu kommen vermehrt Sondersendungen wie der „ARD-Brennpunkt“ oder „ZDF spezial“: Dieser Sendungstyp wurde von 26 Stunden im Jahr 2019 auf insgesamt 69 Stunden im Jahr 2020 ausgeweitet (bis September). Dabei ging es in 46 Stunden nur um die Pandemie – knapp 80 Prozent davon entfallen auf Sendungen in der ARD oder im ZDF.⁹

Aber immerhin ist ab diesem Zeitpunkt eine Debatte in den Medien erkennbar gewesen. Es wurden nicht mehr nur Entscheidungen der Politiker verkündet, sondern auch Fragen gestellt. Zum Beispiel, wie Lockerungen aussehen und welchen Sinn sie machen könnten. Journalisten haben dazugelernt.

Wellenbewegungen

Mit dem Ende des ersten Lockdowns Mitte Mai geht auch das Interesse des Publikums zurück. Mit dem Rückgang der Zahl der Infizierten verschwindet Corona allmählich von der Spitze der Agenda. Von Juni bis Oktober bekommen auch andere Themen wieder ihren adäquaten Stellenwert: Flüchtlinge, Brexit, die US-Wahlen und der Klimawandel. Aber spätestens seit dem 2. November, dem Beginn des zweiten Lockdowns, gewinnt Corona wieder die Oberhand. Wir sind bei der Wellenbewegung des Themas wieder in Phase zwei vom Frühjahr 2020 angekommen. Nach meiner Beobachtung allerdings ohne die journalistischen Kunstfehler von damals: Das Konzert der Meinungen ist vielstimmiger geworden, die widersprüchlichen Äußerungen aus der Wissenschaft werden thematisiert, die Opfer der Pandemie und die Langzeitfolgen der Krankheit werden in den Blick genommen.

Die zweite Phase der Corona-Berichterstattung, in der zum größten Teil kritik- und distanzlos die Positionen der Politiker und Virologen übernommen wurden, war zwar aus den oben beschriebenen Gründen zunächst verständlich und nachvollziehbar. Sie hätte aber auch auf keinen Fall länger andauern dürfen. Zu lange wurde zu einseitig und unkritisch berichtet. Meinungen und Positionen von Wissenschaftlern anderer Disziplinen wurden kaum gehört. Psychologen, Soziologen, Bildungs- und Kommunikationsforscher hätten die Debatte vielfältiger gemacht und kritisch ergänzt.¹⁰ Mittlerweile ist auf diesem Feld auch eine Verbesserung und Verbreiterung der Berichte zu erkennen.

Denn vielfältige Informationen aus verschiedenen Quellen sind wichtig und zentral für die Meinungs- und Willensbildung in einer freiheitlichen Demokratie. Vermeintlich einseitiger und unkritischer Journalismus ist Wasser auf die Mühlen von „Querdenkern“, Impfgegnern und Anhängern von abstrusen Verschwörungsmysen. Er treibt diese Gruppen noch weiter in ihre Echokammern und Filterblasen, in denen sie sich in ihren Ansichten über die „Corona-Diktatur“ und die „Systemmedien“ mit Hilfe digitaler Netzwerke gegenseitig bestärken.

Fazit

Mehr als ein Jahr nach der ersten Corona-Meldung in Deutschland müssen Journalisten Lehren und Konsequenzen aus den gemachten Fehlern in der ersten Hochphase der Pandemie ziehen. Die wichtigste: Gegen den blühenden Unsinn in den sogenannten sozialen Medien, gegen Propaganda, Lügen und Manipulationen hilft nur eines: sauberer und vielfältiger Qualitätsjournalismus. 



Der Wildtiermarkt in Wuhan gilt als der Ursprung des Corona-Virus.
© Skoleopgave1/ CC-BY-SA 4.0

⁹ Hans-Jürgen Weiß u.a., s. Anm. 1, S. 600.

¹⁰ Vgl. dazu auch den Medienforscher Klaus Meier über die Corona-Berichterstattung: Das hätten Medien besser machen können, online unter: <https://www.deutschlandfunknova.de/beitrag/medienwissenschaftler-so-haetten-wir-ueber-corona-berichten-sollen> (letzter Aufruf: 08.02.2021).

Digitales Lehren und Lernen in der Pandemie

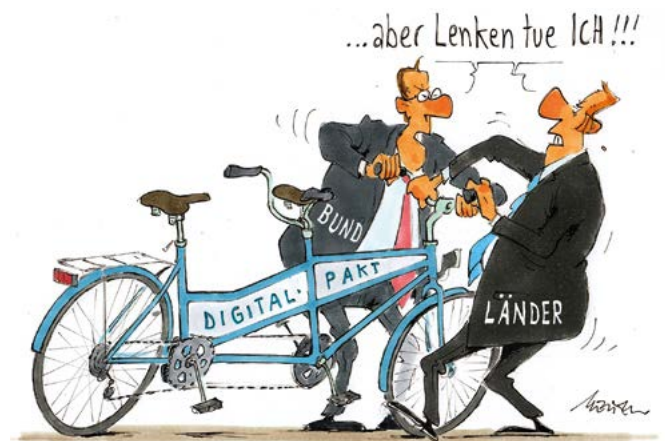
Bildungsstätten von der Kita bis zur Universität sind während der Corona-Pandemie über Nacht in die digitale Transformation hineingeworfen worden. Wie verändert Digitalisierung Bildung?*

FRANZ JOSEF RÖLL, Emeritus für Neue Medien und Medienpädagogik an der Hochschule Darmstadt, ging das Thema – jenseits der aktuellen Corona-Situation – sehr grundsätzlich an. Die aktuelle private und gesellschaftliche Kommunikation sei gekennzeichnet durch „Gegenwartsschrumpfung, ‚Veraltensgeschwindigkeit‘, Verkürzung der Zeiträume und eine Steigerung der Verfallsraten“. Seit 2003 – dem Beginn der „Social-Media-Kultur – und noch mehr seit 2010, dem Anfang der mobilen Kommunikation mittels Smartphone, sei alles viel schneller und kurzlebiger geworden. Es drohe ein Kontrollverlust: „Wer nicht mitmacht, ist draußen.“ Oder auch: „Ich poste, also bin ich.“ Wer sich nicht ständig „einschreibe“, befürchtet zu verschwinden. Es gelte: „Always online.“ Wir seien abhängig von den Algorithmen der Internetkonzerne, „die wir aber nicht verstehen.“

Lernen mit Selbststeuerung

Entgegen dem klassischen Bildungsbegriff Humboldts („Weltaneignung“) gehe es heute um einen lebensbegleitenden Entwicklungsprozess. Wichtig sei Selbstbildung, die nicht von außen erzeugt werde, sagte Röll. Im Zentrum stünden das „Spielen mit Möglichkeiten, Ausprobieren und Testen.“ Dabei seien Fehler einzukalkulieren und normal. Die Person des Lehrenden ändere sich: Das Lernen der Zukunft sei ein gegenseitiges Lernen mit Selbststeuerung. Dazu brauche es auch ein neues Design der Räume. Die Schule müsse „kollaborative Klassenräume“ bekommen mit einer „hybriden Lernumgebung“, die zwischen digitalen und analogen Formaten wechsele.

Neueste Forschungsergebnisse zum digitalen Lernen, die auch bereits den ersten Lockdown im Frühjahr 2020 einbeziehen, präsentierte der Münchner Bildungsforscher Karsten Stegmann. Bayerische Lehrkräfte gaben 2019 noch an, 53 Prozent ihres Unterrichts mit digitalen Medien zu gestalten. Schülerinnen und Schüler sahen das übrigens anders: Sie meinten, dass nur 26 Prozent des Unterrichts mit digitalen Medien stattfand.



© MESTER

den. Da liegt wahrscheinlich ein unterschiedliches Verständnis digitaler Medien zugrunde. Im Lockdown im Frühjahr 2020 fanden dann wegen der geschlossenen Schulen 100 Prozent des Unterrichts digital statt. Stegmann klärte den Begriff: Digitale Medien sind computerbasierte Technologien, die fachliche und überfachliche Inhalte präsentieren, eine Interaktion mit oder über diese Inhalte ermöglichen und/oder Lernende bei dieser Interaktion unterstützen.

Digitale Medien verändern die Lernsituation; das Lernmaterial und die Lernaktivitäten werden beeinflusst. Die positiven Potentiale digitaler Medien liegen in der

- Substitution, also der funktional gleichen Nutzung der digitalen Medien;
- der Augmentation, d.h. die Nutzung führt zu einer erweiterten Funktionalität;
- der Modifikation: die zentrale Lernaktivität wird geändert und der
- Redefinition: die zentrale Lernaktivität wird vollständig überarbeitet.

Vermittlung von vernetztem Wissen

Stegmann bemängelte aktuell eine mangelnde Vernetzung von Fakten sowie eine geringe Anwendbarkeit des Gelernten. Die Folge sei ein zunehmender „Interessensverfall“ über die Jahrgangsstufen hinweg. Schule müsse von der Konzeptorientierung zur Vermittlung von vernetztem Wissen kommen. Er unterschied vier Stufen von Lernaktivitäten: passiv (rein rezeptiv), aktiv (mit Wiederholung und Transformation des Erlernten), konstruktiv (Konstruktion von Wissen mit neuen Lösungen und Transfer) und interaktiv

* Online-Tagung in Zusammenarbeit mit der Evangelischen Arbeitsgemeinschaft Medien (EAM) im Deutschen Evangelischen Frauenbund (DEF), Landesverband Bayern e.V.

(kollaborative Aktivitäten zur Konstruktion von Wissen auf Basis der Lerninhalte). Je höher dieses Level sei, desto größer werde auch der Lernerfolg, sagte Stegmann. Und alle Levels hätten ihren Platz und ihre Wertigkeit. Auf die richtige Mischung käme es an. Im ersten Lockdown 2020 sei an bayerischen Schulen eine Zunahme der passiven und aktiven Lernaktivitäten sowie ein Rückgang der konstruktiven und interaktiven Aktivitäten zu verzeichnen gewesen.

Digitalisierungsschub durch Pandemie

Das Fazit des Münchner Bildungsforschers: Digitale Medien können – richtig eingesetzt – das Lernen von Schülerinnen und Schülern fördern. Die Pandemie hat die Vernachlässigung der Kompetenzen zum selbstgesteuerten Lernen deutlich sichtbar gemacht: Die Eltern (davon zu zwei Dritteln die Mütter) hätten ihre Kinder im Schnitt drei bis fünf Stunden pro Tag (!) beim sogenannten „Homeschooling“ unterstützt. Durch die Corona-Pandemie hätte es einen erheblichen Digitalisierungsschub gegeben. Alle Lehrkräfte mussten sich mit digitalem Unterricht auseinandersetzen. Die Gesellschaft habe ihren Fokus auf die Digitalisierung des Unterrichts gelegt. Und schließlich habe es massive Investitionen in die Infrastruktur des Netzes, in Hard- und Software sowie Fortbildung und Service gegeben. Für eine nachhaltige Schulentwicklung gebe es einen großen Bedarf: Die Digitalisierung des Unterrichts müsse als fortlaufende Schulentwicklungsaufgabe begriffen werden. Schulen und Lehrkräfte dürften jetzt nicht allein gelassen werden. Schulzentrierte Entwicklungsprozesse müssten unterstützt und professionelle Lerngemeinschaften an den Schulen zur Umsetzung der Konzepte gebildet werden.



Karsten Stegmann: „Auf die richtige Mischung der Lernaktivitäten kommt es an.“

Digitale Kompetenzen für Kinder

Praxisberichte für digitale Bildung aus verschiedenen Bildungseinrichtungen und Altersstufen ergänzten das Programm. Claudia Weiß, Fachdienstleiterin für Kindertageseinrichtungen der Caritas in der Erzdiözese München und Freising, hob hervor, dass es das Ziel sei, Kinder zu befähigen, digitale Kompetenzen zu erwerben, um sich später reflektiert und kritisch mit den Themen auseinander setzen zu können: „Im Rahmen der Bildungsgerechtigkeit sehen wir es als unsere Aufgabe an, Kindern das Lernen mit zeitgemäßen Medien zu ermöglichen.“ Wichtig seien dabei

die Ausbildung der eigenen Fachkräfte, die Beschaffung der Geräte und die Klärung der datenschutzrechtlichen Fragen. Digitale Medien müssten pädagogisch sinnvoll eingesetzt und die Eltern informiert und einbezogen werden. Schließlich käme es auf die physische und psychische Gesundheit der Kinder an – einschließlich Suchtprävention.

Fehlende Medienkompetenz bei Eltern

Die Corona-Pandemie habe ganz neue Herausforderungen gebracht: Für den Einsatz von Videokonferenzsystemen sei auch auf der Seite der Eltern eine – oft nicht vorhandene Medienkompetenz – erforderlich. Es habe ganz neue Formen des Sozialkontakts gegeben. Auch sei die Bildungskluft deutlicher sichtbar geworden. Die digitale Ausstattung in den Familien sei doch sehr unterschiedlich und die Bildungsgerechtigkeit stünde auf dem Prüfstand. Familien müssten gestärkt und bei Bedarf mit dem Psychologischen Fachdienst und den Beratungsstellen der Caritas begleitet werden.

Digital-Pakt Schule

Christa Gmeiner, Medienpädagogin an der staatlichen Akademie für Lehrerfortbildung und Personalführung in Dillingen, bot eine Bestandsaufnahme digitaler Bildung an bayerischen Schulen. Die Situation Anfang des Jahres 2020 sei gekennzeichnet gewesen durch den Digital-Pakt Schule, dezentrale Medienkonzepte an den Schulen und eine flächenwirksame Fortbildungsinitiative. So sei beim größten Teil der Lehrkräfte ein Bewusstsein für lernförderlichen und digital gestützten Unterricht geweckt worden. Sie wünschten sich allerdings noch mehr technische und medienpädagogische Unterstützung. Dies sei Aufgabe der bayernweit 171 Beraterinnen und Berater für digitale Bildung.

Nach den ersten Schulschließungen im März 2020 gingen Lehrkräfte, Schülerinnen und Schüler ohne Vorwarnung und Vorbereitungszeit in einen vollständigen Distanzunterricht. Dabei gab es große Unterschiede zwischen den Schulen. Vor allem in Grund- und Mittelschulen hatten die Schülerinnen und Schüler oft keine digitalen Endgeräte (zwischen 12 und 16 Prozent). Dazu kamen häufig Probleme mit den Internetverbindungen. „Manche Schülerinnen und Schüler tauchten regelrecht ab“, sagte die Dillinger Medienpädagogin. Schwierigkeiten der ohnehin Benachteiligten verschärften sich.

Mebis reicht nicht

Im Lauf des Jahres 2020 wurde die Technik weiterentwickelt: Schülerleihgeräte wurden etappenweise angeschafft und nach sozialen Kriterien verteilt. Mebis wurde und wird ausgebaut, ist aber als asynchro-

ne Lernplattform für synchronen Unterricht allein nicht ausreichend. Inzwischen gibt es Videokonferenzsysteme und datenschutzkonforme Schul- oder Cloud-Speicherlösungen als Ergänzung zu mebis. Lehrerdienstgeräte sind jetzt für etwa 20 Prozent der Lehrkräfte vorhanden, weitere 85.000 Geräte sind beantragt.

Bei der zweiten Schulschließung sah man bereits, dass Lehrkräfte eine größere Sicherheit im Umgang mit dem Distanzunterricht bekommen hatten. In den Schulen wurden eigene Konzepte für den Distanzunterricht entwickelt. Technische Ressourcen wurden beschafft, es standen mehr Leihgeräte für Schülerinnen und Schüler zur Verfügung. Christa Gmeiner sprach auch das Problem der Leistungsnachweise im digitalen Unterricht an und forderte neue und anerkannte Prüfungsformate.

Orientierung in virtuellen Welten

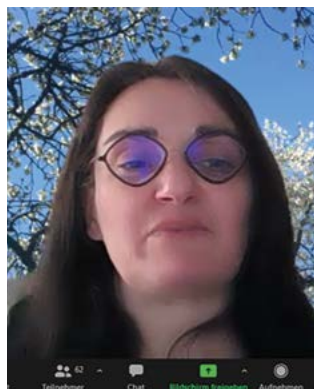
Das Infocafe ist eine medienpädagogische Jugendeinrichtung der Stadt Neu-Isenburg. Sozialarbeiter Stephan Schölzel umriss das Konzept: „Wir geben Orientierung in virtuellen Welten. Ziel ist es, Medienkompetenz zu vermitteln.“ Kinder und Jugendliche zwischen 9 und 21 Jahren bekommen dort die Gelegenheit, Medien und deren Inhalte entsprechend den eigenen Zielen und Bedürfnissen effizient zu nutzen, aktiv zu gestalten und so ein verantwortungsbewusstes Verständnis für sie zu entwickeln.

Während der Clubzeiten können die Jugendlichen am PC oder einer der Spielekonsolen spielen, im Internet surfen, Hausaufgaben machen oder in gemüthlicher Atmosphäre Freunde treffen. Die Pädagogen sind Ansprechpartner und achten auf die Einhaltung des Jugendmedienschutzes. Die Auseinandersetzung mit Computerspielen und dem kreativen Herausarbeiten von neuen Inhalten soll präventiv einem exzessiven Medienkonsum vorbeugen. Gewalt in Computerspielen ist ebenfalls ein Thema der medienpädagogischen Arbeit.

Hochschulen im digitalen Raum

Ingrid Martin von der Virtuellen Hochschule Bayern (vhb) sprach über den bereits seit 20 Jahren bestehenden gemeinsamen virtuellen Campus von 32 bayerischen Universitäten und Hochschulen für angewandte Wissenschaften. Es gibt drei Formate: In Classic vhb stehen 580 Kurse mit Leistungsnachweis und Betreuung durch Tutoren. Für Studierende werden komplette Online-Lehrveranstaltungen bereitgestellt mit zwei bis vier Semesterwochenstunden ab zwei Credit Points. Sie sind in Präsenzveranstaltungen integriert. Leistungsnachweise werden auch in Präsenz erstellt. Nicht-Studierende zahlen eine Gebühr. Während der Pandemie gab es im digitalen Sommer-

semester 2020 einen Anstieg der Studierenden von knapp 38.000 auf etwas mehr als 51.000 Studierende (plus 38 Prozent) und einen Zuwachs der Belegungen um fast 50 Prozent.



Ingrid Martin stellte die Virtuelle Hochschule Bayern vor.

© Nau (APB)

In Smart vhb stehen rund 1.200 Lerneinheiten, 700 sind in der Entwicklung. Sie sind flexibel einsetzbar und in sich geschlossen. Hier werden Lehrende und Studierende angesprochen. Die Bearbeitungszeit beträgt etwa 45 Minuten je Einheit. In Open vhb gibt es 70 Angebote, die für alle Interessierten frei und kostenlos zugänglich sind.

42 Projekte sind in der Entwicklung. Der Zeitaufwand für die Bearbeitung liegt zwischen 10 bis 20 Stunden. Die Hochschulen kommen damit ihrem gesellschaftlichem Auftrag zur Unterstützung eines lebenslangen Lernens nach.

Internet für Senioren

Die Medienpädagogin und Kommunikationsforscherin Sabine Jörk von der Evangelischen Arbeitsgemeinschaft Medien (EAM) stellte das Projekt „Digital Kompass“ vor. 2015 startete es mit der Entwicklung einer Website speziell für Senioren, die 2016 online ging. Sie beinhaltet kostenfreie Angebote rund um das Internet: Materialien, aber auch digitale Stammtische. Seit 2019 gibt es Digital-Kompass-Standorte mit Ansprechpartnern vor Ort. Deutschlandweit sind 100 Standorte geplant. Sie können online oder in einem hybriden Format stattfinden. Im Angebot sind: Erfahrungsaustausch, Schulungen, Sprechstunden, Materialien, Vorträge, Kurse und Workshops. Pro Quartal werden Schwerpunktthemen präsentiert wie zum Beispiel Gesundheit, Geld oder Mobilität. Man kann aber auch gezielt nach Themen suchen. Die Seite enthält ferner Anleitungen zu Apps wie Landkarten oder Bahnreisen. 

Michael Schröder

Linktipps

Forschungsprojekt DigitUS – Digitalisierung von Unterricht in der Schule: <https://www.digitus.uni-muenchen.de>

Digitale Bildung an bayerischen Schulen vor und während der Corona-Pandemie. Studie des Verbands der bayerischen Wirtschaft (vbw): <https://www.vbw-bayern.de/vbw/Themen-und-Services/Bildung/Vorschule-Schule/Publikation-Digitale-Bildung-an-bayerischen-Schulen-vor-und-w%C3%A4hrend-der-Corona-Pandemie.jsp>

www.digital-kompass.de

<https://infocafe.org/>

Virtuelle Hochschule Bayern: www.vhb.org

Auf dem Prüfstand: Die Klimaschutzpolitik der EU

Der „Green Deal“ gilt für viele als das Schicksalsprojekt der Europäischen Union. Europa soll bis 2050 der erste klimaneutrale Kontinent werden. Mehr noch: In Zeiten der Corona-Pandemie avanciert er zur Aufbaustrategie für Europas Wirtschaft.*

DAS ERNEUERUNGSPROGRAMM Next Generation EU soll Investitionen in nachhaltige Infrastrukturen lenken und die „grüne Wende“ stärken: Klimaneutral, digital, sozial und ein starker Akteur auch in der Welt von morgen – so die von Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen vollmundig verkündeten Ziele für die Union.

Unsere Tagung hat den ambitionierten Plan auf den Prüfstand gestellt: Inwieweit vermag es die EU-27 Kompetenzen in Fragen der ökologischen und sozialen Nachhaltigkeit auf- und auszubauen? Wo liegen die Gestaltungschancen, aber auch -grenzen der angestrebten Nachhaltigkeitstransformation? Welche Maßnahmen, welche politischen, wirtschaftlichen und vor allem gesellschaftlichen Voraussetzungen erfordert der Weg zu einem nachhaltigen und klimaneutralen Europa? Welche Spannungsfelder sind dabei zu bewältigen?

„Ambitionierteste Klimastrategie“

Das Pariser Klimaabkommen will die Erderwärmung auf deutlich unter zwei Grad über dem vorindustriellen Niveau begrenzen. 2015 haben es die Mitglieder der EU und fast alle anderen Staaten der Welt als Nachfolger des Kyoto-Protokolls unterzeichnet. „Ein großer diplomatischer Erfolg“, sagte Kristina Kurze von der Andrassy Universität Budapest. Vier Jahre später stellte Ursula von der Leyen als neue Kommissionspräsidentin den European Green Deal als eine ihrer Prioritäten für die kommen-



Kristina Kurze: „Ein großer diplomatischer Erfolg“
© Nau (APB)



Die Reduzierung des CO₂-Ausstoßes ist ein Ziel des europäischen Green Deals.

© Jukkisjupi / iStock by Getty Images

den Jahre vor. Das Konzept umfasst eine Reihe von Maßnahmen in den Bereichen Finanzmarktregulierung, Energieversorgung, Verkehr, Handel, Industrie sowie Land- und Forstwirtschaft. Dazu zählen unter anderem der Emissionshandel, ein CO₂-Grenzausgleichssystem und eine Steuer auf nicht wiederverwertbare Verpackungsabfälle aus Kunststoff. Vor allem aber sollen die Ziele dadurch erreicht werden,



Michael Jakob: „CO₂-Bepreisung die kosteneffizienteste Möglichkeit“

dass klima- und umweltpolitische Zielsetzungen in alle Politikbereiche integriert werden. Für Michael Jakob vom Mercator Research Institute on Global Commons and Climate Change in Berlin ist der Green Deal mit seinen Paketen zur klimafreundlichen Transformation der europäischen Wirtschaft die „global ambitionierteste Klimastrategie“.

Soziale Komponente

Auch wenn grundsätzlich die Zustimmung zum Green Deal innerhalb der EU hoch ist, befindet sich das erforderliche „Klimagesetz“ mit verbindlichen Zielen für das Jahr 2030 noch in der Verhandlungsphase zwischen Europäischem Parlament und dem Ministerrat. Das liegt nicht nur an Staaten wie Polen und Ungarn, deren Regierungen die grüne Wende bremsen, obwohl viele Bürger die Maßnahmen befürworten. Ein Streitpunkt ist auch die soziale Komponente des Pakets. „Grün bedeutet nicht automatisch fair“, betonte

* Tagung in Zusammenarbeit mit den Jungen Europäischen Föderalisten

Karl Peter Repplinger, Direktor für Wirtschafts- und Wissenschaftspolitik im Europäischen Parlament. Hier bringt der Green Deal auch einen Wandel in der bisherigen Klimaschutzpolitik der EU, da er neben allen ökologischen Zielsetzungen einen diskriminierungsfreien gesellschaftlichen Wandel einleiten und soziale Ungleichheiten abbauen soll. Es ist gerade diese Komponente, die das Projekt auch denjenigen Mitgliedstaaten schmackhaft machen soll, in denen Klimaschutz nicht die oberste Priorität genießt.

Pandemie als Katalysator

Bis zum Ausbruch von Corona mutete der angekündigte Green Deal vielen Skeptikern als Papiertiger an: zu ambitioniert für den „schwerfälligen Tanker EU“ und bar aller Finanzierungsmöglichkeiten. Die Pandemie scheint sich hingegen zu einem Katalysator für den ökologischen Wandel zu entwickeln. Mit dem Aufbaupaket Next Generation EU stellt die Europäische Union ihren Mitgliedstaaten ergänzend zum allgemeinen Haushalt zusätzliche Finanzhilfen und Darlehen in Höhe von 750 Milliarden Euro zur Verfügung. Voraussetzung ist die Investition in Projekte, die Europa grün, digital und resilient machen: erneuerbare Energien, klimaneutrale Produktion, energieeffiziente Gebäude und eine nachhaltige Ladeinfrastruktur für Elektro-Fahrzeuge. „Die Erholung von der Corona-Krise ist eine einzigartige Gelegenheit, die politischen Maßnahmen für die nächste Generation zu beschleunigen“, unterstrich Repplinger. Dazu sei die EU heute das erste Mal in ihrer Geschichte mit erheblichen Finanzmitteln ausgestattet, die sie auch unmittelbar als „öffentliches Gut“ einsetzen kann.

Vorreiter oder im Abseits?

Aus ökonomischer Sicht bleibt die Frage virulent, wer die Kosten für die nachhaltige Wirtschaft letztlich übernimmt – zumal es sich beim Klimaschutz nicht alleine



© NICOELNINO / ISTOCK BY GETTY IMAGES

um ein europäisches Vorhaben handeln kann, sondern um eine globale Anstrengung. Der Ökonom Michael Jakob sieht auf lange Sicht in der CO₂-Bepreisung die kosteneffizienteste Möglichkeit, der Klimakrise ge-

recht zu werden. Allerdings müssten reiche Länder die Kosten für die Installation erneuerbarer Energien in Schwellen- und Entwicklungsländern mittragen.

An diesem Punkt zeige sich Christine Völzow von der Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft skeptisch, dass die Green Deal-Maßnahmen am Ende das globale Klima retten werden. „Die Änderungen in Europa werden Schwellenländer nicht überzeugen, auf Wohlstand zu verzichten“, sagte die Leiterin der Abteilung Wirtschaftspolitik. Folge wären Wettbewerbsnachteile für europäische Unternehmen. Mithin müsse Klimaschutz international gedacht werden. Dabei gehe es weniger um politische Direktiven. Vielmehr müsse ein Weg gefunden werden, der so attraktiv ist, dass ihn alle mitgehen wollen. Den Schlüssel hierfür sieht Völzow in (Klimaschutz-)Technologien: „Wenn es uns gelingt, daraus am Markt erfolgreiche Innovationen zu entwickeln, können wir dazu beitragen, dass weltweit ein Vielfaches des CO₂ eingespart wird, das wir bisher emittieren.“



Christine Völzow: „Klimaschutz muss international gedacht werden.“

Rosi Steinberger, Vorsitzende des Umweltausschusses im Bayerischen Landtag (Bündnis 90/Die Grünen), zweifelte an, dass dies ohne staatliche Regulierung und einen festen Zielkorridor gehen wird. Europa müsse durchaus eine Vorreiterrolle einnehmen und auch finanziell in Vorleistung treten, denn „wenn wir es nicht machen, macht es keiner.“ Bereits das Erneuerbare-Energien-Gesetz sei ein großer Erfolg gewesen und wurde von anderen Staaten kopiert. Eine große Aufgabe der Politik sei es, diesen Ordnungsrahmen der breiten Gesellschaft zu vermitteln.

Fehlende Kompetenz

Für Benedikt Eder von der Kinder- und Jugendinitiative Plant-for-the-Planet handelt die Politik zu zögerlich. „Das Ziel, die EU klimaneutral zu machen ist ein sinnvoller Plan. Aber 2050 ist zu spät. Die Politik ist nicht nah genug an der Realität“, sagte der Abiturient. In die gleiche Kerbe schlug Lukas Maggioni von Fridays for Future. Er beklagte, dass es vielen Politikern an Fachkompetenz mangle, um den Klimawandel zu stoppen: „Die Debatten im Bundestag oder bei Markus Lanz sind fernab jeder Komplexität.“ Er forderte ein System, das wirksam verhindert, dass die Zukunft künftiger Generationen zerstört wird. Für Eder sind hierfür Bottom-up-Impulse unabdingbar,

um politische Entscheidungen durch gesellschaftliche Initiativen zu korrigieren: „Einerseits brauchen wir die Kreativität und Mithilfe von jedem Einzelnen und andererseits die Möglichkeit, unsere Ziele mit Hilfe von entschlossenen und strikten politischen Entscheidungen zu erreichen.“

Anreize und Grenzen

Mit Blick auf den Klimaschutz und die hierzu erforderliche Nachhaltigkeitstransformation bemängelte Michael Jakob, dass sich Diskussionen zu sehr um Ziele drehen und zu wenig darum, wie wir sie erreichen. „Wo kann man Anreize und Grenzen setzen? Wie könnten alternative Zukunftsentwürfe aussehen? Wie sollen gesellschaftliche Transformationspfade konkret ausgestaltet sein?“, fragte er und gab damit Denkanstöße für den notwendigen gesellschaftlichen Diskurs.

Pioniere für den Wandel

Einen möglichen Weg skizzierte Nina Treu, Mitgründerin des Konzeptwerks Neue Ökonomie in Leipzig, indem sie forderte, dass „wir [...] einen grundlegenden Wandel von Wirtschaft und Gesellschaft [brauchen]“. Sie plädierte dafür, wirtschaftliche und gesellschaftliche Strukturen als Ganzes zu betrachten. „Die ökologische Frage ändert den Blick auf den Kapitalismus“, erklärte sie und kritisierte bestehende Macht- und Herrschaftsverhältnisse. Die wichtigste Erkenntnis sei, dass in einer endlichen Welt kein unendliches Wachstum zu erwarten ist. Deshalb reiche es nicht aus, das bestehende System zu „begrünen“, wie Treu es nennt. Auf der Suche nach einem neuen, sozial-ökologischen System müssten Fragen der Klimagerechtigkeit beantwortet und gemeinsam Alternativen erarbeitet werden. Für den gesellschaftlichen Wandel brauche es Pioniere, die Ideen entwickeln, aber auch „soziale Bewegungen, Druck und eine Politik der Umverteilung.“



Nina Treu forderte einen grundlegenden Wandel von Wirtschaft und Gesellschaft.

Nachhaltige Nicht-Nachhaltigkeit

Für die Notwendigkeit einer sozial-ökonomischen Transformation gibt es laut Ingolfur Blühdorn zwar einen gesellschaftlichen Konsens. Der Direktor des Instituts für Gesellschaftswandel und Nachhaltigkeit der Wirtschaftsuniversität Wien sieht diesen Konsens jedoch einer „völlig anderen politischen und gesellschaftlichen Realität“ gegenüber: der „nachhaltigen Nicht-Nachhaltigkeit“. Die Gesellschaft sei aus Prinzip nicht nachhaltig. Obwohl es unstrittig ist, dass gängige Praktiken wie der übermäßige Konsum nicht haltbar sind, sperren sich moderne Gesellschaften gegen einen Wandel. Das betreffe nicht nur Konzerne, sondern auch uns Bürger, die wir unseren Lebensstil nicht ändern wollen. Denn es sind Vorstellungen von Freiheit, Selbstbestimmung und einem guten Leben vorherrschend, die nur so lange haltbar sind, solange diese Transformation ausbleibt. Die COVID-19-Pandemie sieht Blühdorn als zusätzliche Hürde, da sie das Leitbild der gesellschaftlichen Mitte eher weg von der Nachhaltigkeitstransformation hin zur Resilienz – also zur Bewahrung der etablierten Ordnung – verlagere.

Das betreffe nicht nur Konzerne, sondern auch uns Bürger, die wir unseren Lebensstil nicht ändern wollen. Denn es sind Vorstellungen von Freiheit, Selbstbestimmung und einem guten Leben vorherrschend, die nur so lange haltbar sind, solange diese Transformation ausbleibt. Die COVID-19-Pandemie sieht Blühdorn als zusätzliche Hürde, da sie das Leitbild der gesellschaftlichen Mitte eher weg von der Nachhaltigkeitstransformation hin zur Resilienz – also zur Bewahrung der etablierten Ordnung – verlagere.



Ingolfur Blühdorn sieht die COVID-19-Pandemie als zusätzliche Hürde für Transformation.

Nachhaltigkeit und Verzicht

Nachhaltiges Leben bedeutet aber auch eingeschränkten individuellen Konsum und somit in der einen oder anderen Hinsicht Verzicht oder Zurückhaltung. Doch gerade der Begriff „Verzicht“ ist negativ besetzt und findet daher nur begrenzte Zustimmung in der Wählerschaft. „Lassen Sie uns nicht über Verzicht sprechen“, sagte Laura Spengler vom Umweltbundesamt. Der Begriff sei subjektiv belegt: Während etwa der Verzicht aufs Autofahren für die einen ein Verlust an Freiheit und Mobilität bedeutet, empfinden ihn andere als Entschleunigung. Spengler riet deshalb dazu, über Motiv-Allianzen die positiven Effekte von Verzicht aufzuzeigen: Weniger Fleischkonsum fördert Gesundheit und Tierwohl. „Es geht nicht um Verzicht, sondern um Chancen“, betonte auch Lisa Badum, klimapolitische Sprecherin der Bundestagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen. Es sei dennoch wichtig, nicht nur individuelle Lebensstile zu hinterfragen oder über CO₂-Abdrücke zu debattieren. Vielmehr müssten Strukturfragen verhandelt werden. Dafür sei es essentiell, Debatten europäisch zu führen und den wirksamen Hebel der Politik zu nutzen.

Green Deal als Wassermelone

An diesem Punkt zeigen sich wieder die Potenziale vom europäischen Green Deal, der grüne Anstrengungen mit einer sozialgerechten Transformation zusammenbringen soll: „Der Green Deal ist wie eine Wassermelone“, versinnbildlichte es Delara Burkhardt (SPD),

jüngste deutsche Abgeordnete des Europäischen Parlaments: „Es gibt eine harte grüne Schale mit verbindlichen Zielen in den Bereichen Klima- und Ordnungspolitik. Aber es muss auch einen roten schmackhaften Inhalt geben, von dem auf lange Frist alle profitieren.“ Und nicht zuletzt gehörten eben auch schwarze Kerne dazu. Insofern könne er durchaus über das gesamte Parteienspektrum mobilisieren.

Triebkräfte der Veränderung

Auch Städte und Regionen spielen in Europas Klimapolitik eine Rolle – bei konkreten Initiativen, aber auch beim gesellschaftlichen Umdenken. So können Kommunen als unterste Verwaltungseinheit einen Beitrag zum Umweltschutz und zur Energiewende leisten, etwa durch die Mobilisierung notwendiger Ressourcen. Sie können aber auch Bewusstsein schaffen und bei Bürgern Beteiligung und Mitgestaltung anstoßen. Oft finden Kommunen und Investoren allerdings nicht zusammen. „Genau hier kommt die European City Facility ins Spiel“, erklärte Madeline Schneider, Projektmanagerin der Initiative, die nachhaltige Energieprojekte in über 200 Kommunen in der EU sowie in Island, Liechtenstein und Großbritannien fördert.



Madeline Schneider fördert nachhaltige Energieprojekte in über 200 Kommunen in der EU.

„Unsere Kommunen haben eine große Macht mit dem, was sie vor Ort leisten“, sagte auch Simone Raskob, Beigeordnete der Stadt Essen. Sie war maßgeblich daran beteiligt, dass die Stadt 2017 als „Grüne Hauptstadt Europas“ ausgezeichnet wurde. Damit ist das Engagement aber nicht beendet. Die Stadtverwaltung setzt weiterhin auf zwölf ambitionierte Ziele in Bereichen wie Ökoinvestitionen, Lärmminde- rung und Abwasserwirtschaft. Oder wie Raskob es formuliert: „Einmal Grüne Hauptstadt, immer Grüne Hauptstadt!“ In Essen entstand ein Teil des ersten Radschnellwegs Deutschlands und alte Fabrikgelände verwandelten sich in neue Parkanlagen. „Man sollte den Leuten unbedingt klar machen, wie viele Projekte erst mit europäischen Fördermitteln umgesetzt werden können“, forderte sie.

Neues Narrativ

Egal ob „Green Deal“, „European City Facility“ oder „Grüne Hauptstädte Europas“ – die Europäische Union verfügt über eine breitgefächerte Klaviatur, um grüne Töne anzuschlagen. Und auch wenn es für sich alleine nicht reichen kann, den Planeten aus der Klimakrise herauszuführen, sind es doch zumindest Ansatzpunkte, um einerseits mit Best Practices voranzuschreiten und andererseits die Bevölkerung für die Nachhaltigkeitstransformation zu sensibilisieren. Der Klimaschutz bietet sich insofern als das neue Narrativ der EU fürs 21. Jahrhundert an: Wenn er neben den Ankündigungen auch glaubhaft verfolgt wird. 

*Andreas Kalina
Katharina Nau
Beate Winterer*



Voraussetzung für mehr Klimaschutz: eine nachhaltige Ladeinfrastruktur für Elektro-Fahrzeuge

© Joe_Potato / iStock by Getty Images

Neue Politiksimulation zur EU-Klimapolitik

Das Tutzingener Schülerforum „EuropaPolitik erleben!“ bietet Schülerinnen und Schülern aus bayerischen Schulen die Möglichkeit, die Politik der Europäischen Union in Politiksimulationen nachzuspielen. Neu im Angebot: das Schülerforum zur EU-Klimapolitik.

DIE POLITIKSIMULATION, die sowohl in der Akademie in Tutzing als auch an den Schulen stattfinden kann, ist für bis zu 60 Teilnehmerinnen und Teilnehmer ausgelegt. Dabei schlüpfen die Schülerinnen und Schüler über die Dauer von drei Tagen in die Rollen von Politikerinnen und Politikern verschiedener EU-Institutionen: Europäische Kommission, Europäisches Parlament oder Ministerrat. Einige der Teilnehmenden begleiten das Geschehen als Journalisten, die nicht nur über den Verhandlungsverlauf berichten, sondern auch Interviews führen und den Politikern auf einer Pressekonferenz auf den Zahn fühlen.

Realistisches Bild

Die Simulation folgt dem Ordentlichen Gesetzgebungsverfahren, aus dem der größte Teil der Richtlinien und Verordnungen der EU kommt. Dabei stellt die Kommission ihre Gesetzesinitiative vor und in zwei bis drei Lesungen nehmen jeweils Parlament sowie Rat dazu Stellung und einigen sich auf Änderungsanträge. Auch wenn der Prozess für die Simulation an manchen Stellen etwas vereinfacht ist, so wird den Schülerinnen und Schülern dennoch ein sehr realistisches Bild der tatsächlichen Gesetzgebungsprozesse der Europäischen Union vermittelt. Die Veranstaltung wird zudem durch zwei Vorträge externer Expertinnen und Experten ergänzt.

Konkret geht es um den Handel mit Emissionszertifikaten. Er ist ein wesentlicher Mechanismus in der europäischen Klimapolitik. Der Ausstoß von Treibhausgasen erfordert den Besitz entsprechender Zertifikate. Diese müssen von emittierenden Unternehmen erworben werden, ihre Menge wird schrittweise reduziert und so auch die Menge der entstehenden CO₂-Emissionen. Doch welche Wirtschaftssektoren sollen in diesen Handel mit einbezogen werden? Soll es einen Mindestpreis pro Tonne CO₂ geben? Und wenn ja, wie hoch soll dieser sein? Um welchen Faktor sollen die Zertifikate pro Jahr reduziert wer-



Die EU-Kommission stellt ihren Vorschlag dem Ministerrat vor.
© Archiv (APB)

den? Wofür sollen die Erlöse, welche durch den Verkauf der Zertifikate an die Unternehmen erwirtschaftet werden, verteilt werden? Und wäre ein EU-weiter CO₂-Zoll das richtige Instrument, um emissionsintensive Unternehmen von der Abwanderung ins EU-Ausland abzuhalten?

Intensive Debatten

Im März 2020 wurde die Politiksimulation in dieser Form zum ersten Mal durchgeführt. 28 Schülerinnen und Schüler des Carl-Orff-Gymnasiums in Unterschleißheim waren hierfür zu Gast in der Akademie für Politische Bildung. Nach der Gewöhnung an die jeweils eigenen Rollenprofile nahm die Simulation schnell Fahrt auf und die Debatten gewannen an Intensität. Auch die Sitzungsleitung oblag den Schülerinnen und Schülern selbst, diese Aufgabe lösten sie mit Bravour und zunehmender Souveränität. Sitzungspausen waren geprägt von informellen Verhandlungen und auf den Twitterkanälen der Medien waren bissige Kommentare zu lesen. Inhaltlich näherte man sich über zwei Lesungen nach und nach an, doch war schließlich aufgrund einer letzten Meinungsverschiedenheit doch ein Vermittlungsausschuss nötig. Dieser war jedoch ein voller Erfolg und das Gesetz zur Neuregelung des Emissionshandels konnte unterzeichnet werden.

Leider blieb auch dieses Programm von der Corona-Pandemie nicht verschont. Derzeit dürfen wir keine Politiksimulationen in Präsenz durchführen. Wir hoffen aber, dass wir bald wieder starten können. Interessierte Lehrkräfte melden sich bitte bei Frau Antonia Kreitner (Mail: a.kreitner@apb-tutzing.de). 

Till J. Dechêne

Streitkulturen in digitalen Zeiten

Die Digitalisierung wirkt sich in vielfältiger Weise auf die öffentlichen Debatten in demokratischen Gesellschaften aus. Unsere Online-Tagung* beleuchtete Chancen und Herausforderungen des medialen Wandels.

WIE KANN und soll eine gesellschaftliche und politische Streitkultur heute aussehen? Wie lässt sie sich unter veränderten digitalen Bedingungen gestalten? Expertinnen und Experten aus Wissenschaft und Medien diskutierten, wie die Transformation von Mediendiskursen die Art und Weise verändert, in der öffentliche Debatten und Kontroversen derzeit geführt werden (sollten). Welche Voraussetzungen braucht es, damit eine offene und tolerante Streitkultur als wesentlicher Bestandteil einer demokratischen Kommunikation unter den aktuellen Medienbedingungen gelingt?

Dringend nötige Debatte

Carsten Brosda, Kultursenator der Freien und Hansestadt Hamburg und gelernter Kommunikationswissenschaftler, wies auf die nötige grundsätzliche Auseinandersetzung hin, wie wir angesichts des digitalen Wandels öffentlich miteinander kommunizieren und uns gesellschaftlich verständigen wollen. Diese Metadebatte werde, so Brosda, bislang zu wenig geführt. Sie sei aber angesichts einer veränderten Medienlandschaft und eines steigenden Streitpotentials immer erforderlicher. Einerseits würden durch die Digitalisierung und die neuen sozialen Medien immer mehr Stimmen im demokratischen Prozess gehört und einbezogen, andererseits seien aber die Chancen, öffentlich zu sprechen und teilzunehmen, nach wie vor ungleich verteilt. Die Marginalisierung von Gruppen ohne ökonomische Ressourcen werde digital reproduziert und die Polarisierung öffentlicher Debatten dadurch verstärkt.

Ausgehend von dieser Diagnose zog Brosda Schlussfolgerungen für den aktuellen Journalismus: Nach seiner Ansicht kommt es darauf an, öffentliche Kommunikation stärker zu moderieren. Normative Vorschriften an die Plattformen von außen heranzutragen ist dagegen nach Brosdas Auffassung aussichts-



© MESTER

los. Der Journalismus müsse direkt *auf* den neuen sozialen Medien stattfinden und nicht daneben, da sich sonst bestehende Monopole wie Facebook oder YouTube noch mehr verselbstständigten.

Rationalität aufgeben

Alexander Filipović (Universität Wien) und Cindy-Ricarda Roberts (HfPh München) hoben hervor, dass deliberative Standards in digitalen Räumen nicht vorausgesetzt werden könnten. Medienethisch müsse daher der klassische Rationalitätsbegriff mit Blick auf die digitale Kommunikation aufgegeben werden. In digitalen Zeiten seien rein argumentative Kommunikationsformen nicht mehr dazu in der Lage, alle gesellschaftlichen Gruppen zu repräsentieren. Sie produzierten daher Ausschlüsse. Als Alternative schlugen beide ein inklusives Deliberationsverständnis für die digitale Öffentlichkeit vor, das den kommunikativen Dimensionen von Narration, Emotion und Humor einen höheren Stellenwert als überkommene Vernunftideale einräumt.

Fehlendes Ordnungssystem

Otfried Jarren (Universität Zürich) beschrieb die Medienmacht von Plattformen als gesellschaftliche Infrastruktur und plädierte für eine verstärkte Softwareregulierung. Bisher gebe es kein verbindliches Ordnungssystem für digitale Plattformen, obwohl sie maßgeblich an der Konstitution der öffentlichen, demokratischen Arena beteiligt seien. Während sich Plattformen Jarren zufolge primär auf einen ökonomischen Raum beziehen, seien Medien in einem demokratischen Verständnis auf einen politischen Raum und dessen Gestaltung ausgerichtet. Diesen Antagonismus

* In Kooperation mit der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg, der Fachgruppe Kommunikations- und Medienethik in der DGPK sowie dem Netzwerk Medienethik

gelte es notfalls sogar durch Verfassungsänderungen abzubauen, um die Diskursräume auf Plattformen stärker politisch zu steuern und zu demokratisieren.

Konsens als Streit-Stopper

Einen aufschlussreichen Einblick in die journalistische Praxis lieferte Jochen Wegner, Chefredakteur der ZEIT-Online, mit seinem Erfahrungsbericht über „Deutschland spricht“ als mediale Plattform für politische Zwiegespräche. Nach Wegners Ansicht ereigne sich Streit nur dort, wo es auch emotional werde und das hermeneutische Wohlwollen durch einen Common Ground zwischen Gesprächspartnern wegfiere. Konsens bezeichnete Wegner dabei durchaus kritisch als Streit-Stopper. Journalistisch käme es darauf an, unterschiedliche Meinungen zusammenzubringen und konträre Ansichten zur Disposition zu stellen. Ziel konstruktiven Streitverhaltens sei es, Dissens zu artikulieren und zu diskutieren anstatt ihn unsichtbar zu machen und dadurch soziale Spannungen medial zu verstärken.

Fakten statt Emotionen

Mit Blick auf die Corona-Krise beobachtet die Medizinethikerin und ehemalige Vorsitzende des Deutschen Ethikrates, Christiane Woopen, dass Wissenschaftler und Experten zwar medial präsenter geworden seien. Es sei jedoch fraglich, inwieweit Medien überhaupt noch in der Lage seien, eigenständig Themen zu setzen. Die Kölner Professorin führte beispielhaft an, dass die internationale Dimension der derzeitigen Impfpolitik kein Forum habe und der globale Süden in den medialen Debatten dementsprechend unterrepräsentiert sei. Solche blinden Flecken der Berichterstattung gelte es zu thematisieren und ins Bewusstsein zu heben. Die Emotionalisierung von Themen wie der Triage, bei der anstelle einer fakten- und zahlenbasierten Diskussion einzelne Katastrophenszenarios präsentiert würden, müsse abgebaut werden. Bildungspolitisch müsse es insgesamt stärker darum gehen, zu reflektiertem Diskurs- und Streitverhalten bereits früh in der Schule zu befähigen.

Inzivile Kommunikation

Stefanie Auerbeck-Lietz und Viviane Harkort (Universität Bremen) registrieren in alternativen sozialen Medien wie *Breitbart News* einen Wandel von zivilen hin zu inzivilen Kommunikationsformen. Während erstere auf argumentativ begründende Formen offener und inklusiver Deliberation abstellten, gehe es letzteren um moralische Herabwürdigung und die offensive Anheizung sozialer Konflikte durch Vereinfachung, Hassrede und *Dangerous Speech*. Geschlossenen Weltbildern und politischer Radikalisierung gelte es durch einen anhaltenden öffentlichen Diskurs gesellschaftlich entgegenzuwirken.

Gleichzeitig überlagern sich unter den Bedingungen der neuen sozialen Medien laut Philip Dietrich und Thomas Knieper (Universität Passau) die beiden Akteursgruppen der Konsumenten und Produzenten von Mediendiskursen immer stärker. Da in der digitalen Gesellschaft potentiell alle zu Onlinern würden, seien die Nutzer medialer Angebote ethisch herausgefordert, bewusst die Rollen von Konsumenten und Produzenten zu wechseln und das Wissen aus der einen Rolle in die andere zu übertragen. Das Einhalten ethischer Standards werde so im Web 2.0 durch die Online-Community, also durch das Publikum selbst, eingefordert und sanktioniert, etwa durch das Nutzen von Kommentarfunktionen oder auch Shitstorms.

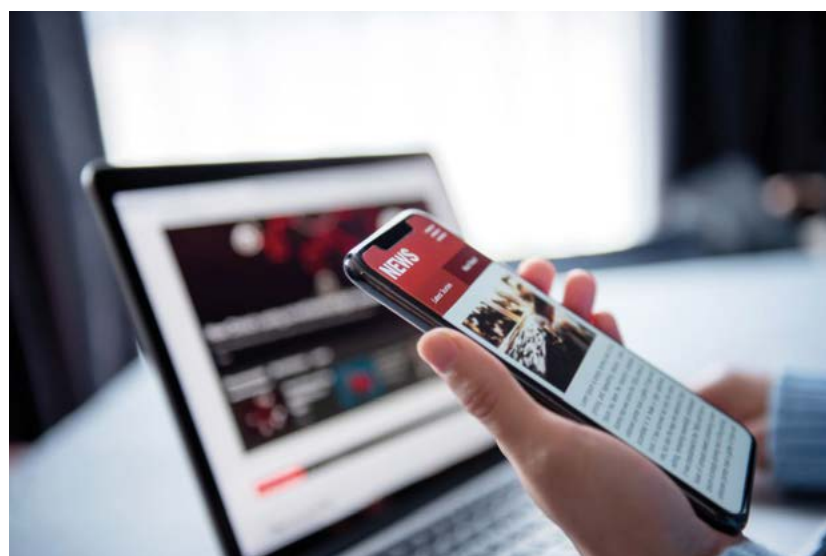
Charta für digitale Kompetenzen

Dieser Betonung der ethischen Verantwortung aufseiten der Nutzerinnen und Nutzern von Medien entsprach auch Marlis Prinzing (Hochschule Macromedia Köln) Plädoyer für einen Kodex für einen sozialverantwortlichen Medienumgang. Medienkompetenz, so Prinzing, dürfe nicht kognitivistisch verkürzt werden, sondern sei von Anfang an im Kern mit einer Ethikkompetenz verknüpft. Es bedürfe eines normativen Basiskatalogs oder einer Charta digitaler Kompetenzen als unverzichtbare Grundlage einer medial vermittelten demokratischen Streitkultur.

Fraglich bleibt dabei jedoch, inwiefern solche Ansätze einer Publikumsethik oder einer ethisch profilierten Medienkompetenz überhaupt mit der medialen Realität in Einklang gebracht werden können. Denn solche ethischen Reflexionsebenen sind in neuen sozialen Medien und auf Online-Plattformen oftmals gar nicht vorhanden. Es besteht die Gefahr, dass sie deshalb potentiell zu appellhaft bleiben.



Simon Faets



© OATAWA/ISTOCK BY GETTY IMAGES

Spannungsfelder und Kooperationen: Polizei in den Medien

Der Medienwandel wirkt sich auch auf die Polizeiarbeit aus. Welche Folgen können Fake News über angebliche Straftaten haben? Wie gelingt bei Demonstrationen der Spagat zwischen der Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung und der Gewährleistung einer freien Berichterstattung? Fragen und Themen einer Online-Tagung mit Polizeibeamten.*

ALLEIN durch die Vielfalt der Informationsquellen entstehen für die demokratische Willensbildung viele Chancen. Der Wandel der Medienlandschaft bringt auch viele Herausforderungen, sagte Katja Friedrich (Bayerische Landeszentrale für politische Bildungsarbeit). Der klassische, professionelle Journalismus als Garant für Qualität verliere an Bedeutung. Digitale Netzwerke erhöhen die Partizipationsmöglichkeiten, bieten aber auch die Möglichkeit, Desinformationen und extremistisches Gedankengut zu verbreiten, so Friedrich.

Desinformation schürt Ängste

Welche Folgen Fake News haben können, schilderte Dominik Schrankl vom Social Media Team des Polizeipräsidiums Oberbayern Süd in Rosenheim. Er zeigte anhand von mehreren Falschmeldungen über angebliche Straftaten von Asylbewerbern, wie schnell sich solche Falschinformationen über die digitalen Kanäle verbreiten, Ängste schüren und Wutreaktionen hervorrufen können.

Die auf Medienrecht spezialisierte Anwältin Johanna Onischke beschrieb das Spannungsverhältnis von Polizisten und Journalisten. Die Polizei müsse die öffentliche Ordnung wirksam schützen. Journalismus erfülle den öffentlichen Auftrag der Berichterstattung über aktuelle Ereignisse.

Bei Einsätzen könnten Spannungsverhältnisse entstehen. Onischke hob hervor, dass die Kommunikationsfreiheiten des Art. 5 Abs. 1 des Grundgesetzes Bestandteil der freiheitlich demokratischen Grundordnung sind, die die Polizei mitschützt. Dies sei somit eine Schnittmenge der Aufgaben von Polizei und Medien.

Roman Portack, Geschäftsführer des Deutschen Presserats, ging auf die Frage ein, wie sich Journalisten erkennbar für die Polizei legitimieren können. Er stellte den bundesweiten Presserausweis vor, der zurzeit von sechs Journalisten- und Verlegerverbänden für hauptberufliche Journalistinnen und Journalisten ausgestellt wird und ein verlässlicher Nachweis, zum Beispiel gegenüber staatlichen Stellen, ist. Als Merkmal für die Eigenschaft als Medienvertreter sei er jedoch nicht konstitutiv.



Roman Portack: Regelmäßige Kontakte und verlässlichen Umgang pflegen
© Ralf Hiemisch

Konflikte vermeiden

Portack ging auch darauf ein, wie sich unnötige Konfliktsituationen zwischen Polizei und Journalisten vermeiden lassen. Mit Blick auf die „Verhaltensgrundsätze Presse/Rundfunk und Polizei“ des Presserats appellierte er an beide Seiten, regelmäßige Kontakte und einen sachlichen und verlässlichen Umgang miteinander zu pflegen.

Wie ein solcher Kontakt in der Praxis aussehen kann, erörterte der Pressereferent der DPolG Bayern Markus Haiß, der auf eine langjährige Erfahrung als Polizeireporter zurückblickt. Er betonte die Bedeutung vertrauensvoller Kontakte zu den Presseabteilungen der Polizei.

Unvorhergesehene Ereignisse

Anhand seiner Arbeit für „110 – Das Polizeimagazin“ auf münchen.tv veranschaulichte er zwei Szenarien im Redaktionsablauf: Das Alltagsgeschäft und „Ad hoc-Lagen“, wie sie durch unvorhergesehene Ereignisse wie Banküberfälle, Geiselnahmen, Morde und spektakuläre Unfälle entstehen. Für solche Sondersituationen zeigte Haiß auf, wie es mit Erfahrung und journalistischem Handwerkszeug (zum Beispiel Zeitgewinn durch Verzicht auf Vertonung) gelingen kann, innerhalb kürzester Zeit einen aktuellen Beitrag für die Abendsendung vorlegen zu können.

Gero Kellermann

* In Kooperation mit dem bayerischen Landesverband der Deutschen Polizeigewerkschaft

Bauen in der Warteschleife

Bauvorhaben sind zu teuer und dauern zu lang: ein häufig zu hörender Vorwurf. Fachleute, die auf verschiedene Weise mit dem Thema Bauen befasst sind, erörterten Lösungen und richteten den Blick auch auf die Zukunft des Bauens.*

HENDRIK HUNOLD, Fachanwalt für Bau- und Architektenrecht aus München, erinnerte an das Rechtsstaatsprinzip des Grundgesetzes und die Eigentumsfreiheit, die verfassungsrechtliche Grundlagen für Bauvorhaben sind. Er schilderte die Rechtspraxis, die zum Beispiel bei Zivilprozessen von einer durchschnittlichen Verfahrensdauer von über 10 Monaten geprägt ist. Auch seien bei Problemen typische Abwehrreflexe von Anwälten und Baubeteiligten zu erkennen, wie „weisen Sie erst einmal nach, dass...“. Diese hätten regelmäßig Konflikte und verhärtete Fronten zur Folge. Hunold appellierte, diese Reflexe zu überwinden und den Dialog zwischen den Beteiligten zu fördern.



Hendrik Hunold (links) mit Tagungsleiter Gero Kellermann
© Ritterbach Ciuró (APB)

„Probleme und Konflikte wird es immer und bei jedem Projekt geben. Die Erfahrung zeigt jedoch, dass diese erkennbar und oftmals lösbar sind“, so Ralph Bartsch von der Hochschule Karlsruhe. Typische Konfliktpotenziale bei Bauprojekten lägen bei den Projektzielen, dem Budgetrahmen, Personalressourcen, der Zeitplanung und der Kommunikation. Allein das Wissen über die Art des Konflikts (zum Beispiel Wertekonflikte oder Ressourcenkonflikte) könne die Lösungsfindung beschleunigen, so Bartsch.



Große Bauprojekte stoßen ohne Bürgerbeteiligung oft auf Unverständnis.

© Евгений Харитонов / iStock by Getty Images

Claus-Jürgen Diederichs, Ehrenvorsitzender der Deutschen Gesellschaft für Außergerichtliche Streitbeilegung in der Bau- und Immobilienwirtschaft e.V., wies auf die Vorteile von alternativen Streitbeilegungsmethoden hin (ADR-Verfahren). So könnten im Vergleich mit Gerichtsverfahren die Verfahrensdauer und -kosten deutlich reduziert werden. Auch die Vertraulichkeit eines nicht-öffentlichen Verfahrens und die Auswahl kompetenter Mediatoren durch die Parteien seien Vorteile, die dazu beitragen können, dass die Konfliktparteien ihre Geschäftsbeziehungen aufrechterhalten.

Wichtige Bürgerbeteiligung

„Informieren, vermitteln, beteiligen“ sind Kernelemente für die Planung von Bauvorhaben, sagte der Hauptabteilungsleiter im Referat für Stadtplanung und Bauordnung der Landeshauptstadt München Arne Lorz. Ohne Bürgerbeteiligung stießen Bauprojekte auf Unverständnis. Neben der Basis-Öffentlichkeitsarbeit in Form von Internetauftritten, Flyern und Broschüren gehören dazu partizipative Elemente wie Erörterungsveranstaltungen, freiwillige Einwohnerversammlungen, Vor-Ort-Stadtrundgänge und Bürgergutachten, wie Lorz anhand verschiedener Beispiele erörterte.

Auch die Zukunftsvorstellungen von jungen Ingenieurinnen und Ingenieuren wurden auf der Veranstaltung diskutiert. Franziska Maier vom „Arbeitskreis Junge Ingenieure“ der Bayerischen Ingenieurekammer-Bau stellte die Ergebnisse der Studie „Neue Arbeitswelten“ vor. Darin spielt auch der Klimaschutz eine besondere Rolle.

* In Zusammenarbeit mit der Bayerischen Ingenieurekammer-Bau

Das Ergebnis zeigt: Von Bauingenieuren wird verstärkt die Entwicklung von nachhaltigen Lösungen gesucht und mit dem Berufsbild verknüpft: Dazu gehört etwa die Optimierung der Zementherstellung oder die Verwendung von nachwachsenden oder recycelbaren Rohstoffen. Auch nachhaltige Stadt- und Gebäudeplanung sind vorherrschende Themen wie auch ein papierloses Büro und die Nutzung des Öffentlichen Nahverkehrs für den Weg zum Arbeitsplatz.



Referenten der Tagung (im Uhrzeigersinn von oben links): Norbert Gebekken, Lin S. Kayser, Michael Fischnaller, Franziska Maier und Michael Gisdol

Michael Fischnaller vom Arbeitskreis „Building Information Modeling“ der Kammer sagte, dass die Digitalisierung helfen könne, das jahrelang proklamierte „partnerschaftliche Bauen“ zu fördern. Dieses funktionieren bisher nur, wenn alles gut läuft. Mit künstlicher Intelligenz bei Bauteilen, die sich selbst überprüfen, könne man dazu beitragen, Konflikte zu vermeiden. Als Planer könne man sich so stärker auf das Design konzentrieren, sagte Fischnaller.

Auch Michael Gisdol von den „Digital Builders Munich“ sieht Chancen durch die Digitalisierung am Bau: Statt so zu planen wie früher, kann man Daten auch strukturiert sammeln, dann auswerten und Schnittstellen bilden, die einzelne Anwendungen verbinden, so Gisdol.

„Umweltschutz, New Work, Digitalisierung: Warum reden wir noch darüber?“, so Lin S. Kayser, Vorstandsvorsitzender der Hyperganic Technologies AG in München. 80-Jährige nutzen Whatsapp und Facebook, aber auf Baustellen würde immer noch mit physischen Plänen gearbeitet. Man müsse sich klarmachen, dass die Welt, die gerade entsteht, ganz anders ist als die, die vor 100 Jahren bestanden hat. Dabei müssten wir damit umgehen, dass wir die Zukunft noch nicht richtig voraussehen und abschätzen können. Das betreffe zum Beispiel die Frage, was mit der nicht unrealistischen Entwicklung von fliegenden Autos alles einhergehen wird.



Gero Kellermann

Akademie-Report

Herausgeber: Akademie für Politische Bildung Buchensee 1 82327 Tutzing

Tel. 08158/256-0 Fax 08158/256-14 Internet: <https://www.apb-tutzing.de> E-Mail: a.kreitner@apb-tutzing.de

Redaktion: Prof. Dr. Ursula Münch (verantw.), Dr. Michael Schröder (Redaktion und Gestaltung), Antonia Kreitner (Redaktionsassistentin)

Layout-Konzept: Michael Berwanger Agentur Tausendblauwerk www.tausendblauwerk.de

Druck: Satz & Druck Molnar Blumenstraße 26 82407 Wielenbach

Der Akademie-Report wird kostenlos abgegeben.

Normenflut und marode Infrastrukturen

Bauen wird immer mehr zum Politikum. Das zeigen die Klagen über Normenflut und marode Infrastrukturen. Beim digitalen „Akademiegespräch am See“ diskutierten Experten aus Politik, Bauwirtschaft, Verwaltung und Wissenschaft.*

WOLFGANG SCHUBERT-RAAB, Präsident des Landesverbands Bayerischer Bauinnungen (LBB), bedauerte es, dass das Baugewerbe als innovationsfeindlich angesehen wird. Dabei spielen auch die vielen staatlichen Regulierungen eine Rolle. „Mehr miteinander anstatt gegeneinander“, wünschte er sich. Zudem bemängelte er, dass „im Bauwesen zu wenig Weiblichkeit in der ganzen Art und Weise miteinander zu kommunizieren und zu agieren“ vorliege. Frauen denken eher um die Ecke und kommen so zu Lösungen, mit denen jeder einverstanden ist, so der Bauunternehmer.

Ursula Sowa, baupolitische Sprecherin der Landtagsfraktion der Grünen, beklagte die fehlende Kommunikation zwischen Politik, Bürgern, Ingenieuren und Architekten und forderte einen stärkeren Austausch. Sie sagte: „Je früher Bürger einbezogen werden, desto besser, am besten unter einer professionellen Moderation.“ Bürgerbeteiligung lohne sich und beiße sich nicht mit Ökologie, so die Politikerin.

Mit Blick auf die Forderung der Politik, zu Beginn eines Bauvorhabens einen belastbaren Kostenbetrag für das Projekt zu nennen, sagte sie, dass sich gegen „den Fluch der ersten Zahl“ ein Zuschlag von 30 Prozent auf die Kosteneinschätzung bewährt hat. Es sei besonders wichtig, sich vor Augen zu halten, dass es sich beim Bauen um einen Prozess handelt. Eine Idee sei noch kein fertiges Produkt. „Eine Idee gleich eins zu eins in Euro umzusetzen, ist eigentlich unmöglich“, sagte Sowa.

Kostentreiber Grundstückspreise

Gunther Adler, Geschäftsführer Personal bei „Die Autobahn GmbH des Bundes“ sagte, dass die enormen Kosten beim Wohnungsbau insbesondere an den Grundstückskosten liegen. Man müsse die Kostentreiber im Wohnungsbau erkennen, wie etwa die Kosten/Nutzen-Relevanz bei der Umsetzung realer Normen, wie zum Beispiel dem Brandschutz.



Langwierig und sehr teuer, aber erfolgreich: die Hamburger Elbphilharmonie
© Schröder (APB)

Adler widersprach der öffentlichen Wahrnehmung, dass in Deutschland viele Großprojekte schiefgehen. Er ist der Meinung, dass dies mit der meist negativen Kommunikation über die Baubranche zusammenhängt. Der verzögerte und um Millionen teurere Bau der Elbphilharmonie in Hamburg sei für die Öffentlichkeit eben deutlich interessanter als ein Erfolg.

„Bauen ist nicht nur die Phase auf der Baustelle, sondern auch alles, was davor kommt“, erläuterte Josef Zimmermann von der TU München. Dazu zählen Planungs-, Genehmigungs- und Bürgerbeteiligungsprozesse. Während die Bürgerinnen und Bürger nach dem Zweiten Weltkrieg kaum Zeit hatten, sich zu beteiligen, ist dieser Aspekt in den vergangenen Jahren wieder wichtig geworden.

Gesunkenes Vertrauen

Gleichzeitig sei das Vertrauen der Bürger in die Politik und das Bauwesen gesunken, vor allem durch misslungene Großprojekte. Zimmermann sagte, dass wir im europäischen Verbund stehen und dabei Defizite haben. Wir müssten uns verbessern und Vertrauen zurückgewinnen.

Der Präsident der Bayerischen Ingenieurekammer-Bau Norbert Gebbeken plädierte dafür, dass Bauingenieure in den Medien offensiver sagen, dass Bauvorhaben zu den und den Kosten nicht möglich seien. Das könne auch dazu führen, dass Bauen ernster genommen wird. Sabine Reeh vom Bayerischen Rundfunk, die die Runde moderierte, sagte dazu, dass die Medien auch Erfolge im Bauwesen hervorheben, wie zum Beispiel in der Reihe „Traumhäuser“.

Sara Ritterbach Ciuró
Gero Kellermann

* In Kooperation mit der Bayerischen Ingenieurekammer-Bau

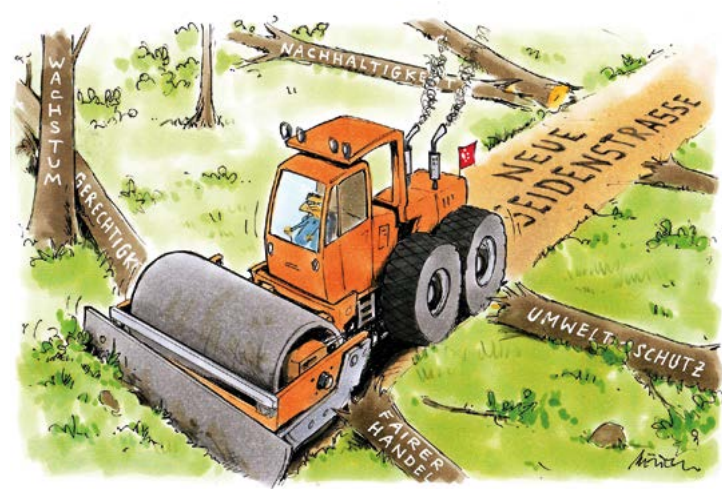
High-Tech-Industrie und Autoritarismus

Die „Chinesische Welt“ ist mehr als die heutige Volksrepublik China. Sie umfasst einen Siedlungs- und Kulturraum vom Pazifik bis nach Zentralasien, vom Himalaya bis zu den Wüsten der Mongolei. Mehrere 1000 Jahre Herrschaftstradition, hochentwickelte Kunstformen und eine große sprachliche und kulturelle Vielfalt repräsentieren die „Chinesische Welt“.

DAS MODERNE CHINA ist eine Wirtschaftssupermacht mit globalen Netzwerken, die zukunftsorientiert in Hochtechnologie und Infrastruktur investiert. Die Volksrepublik China ist eine maßgebliche Militär- und Weltraummacht, die moderne Einheiten und offensive elektronische Fähigkeiten aufgebaut hat. Die innenpolitische Dimension spielt eine erhebliche Rolle: Politische Stabilität und öffentliche Sicherheit dienen als Legitimation für robuste Einsätze und digitale Überwachung. Dennoch ist das Partei- und Staatssystem erfolgreich und anpassungsfähig. Präsident Xi Jinping hat sich und die Volksrepublik durch Massenkampagnen und den „Chinesischen Traum einer starken Nation“ auf eine neue Machtstufe katapultiert. Auch viele Auslandschinesen sind beeindruckt. Das neue, starke China droht sich abzuschotten, die klassischen Ideale der „Chinesischen Welt“ werden uminterpretiert.

Mythos und Realität

Nele Noesselt (Universität Duisburg-Essen) wies darauf hin, dass Chinas Seidenstraßeninitiative und die „Panda-Diplomatie“ noch positiv besetzt sind. China hätte weltweit Infrastruktur aufgebaut und Logistik entwickelt. Die institutionelle Koordination mit Russland und die Afrika-Strategie wiesen auf Chinas Prioritäten. Doch die Volksrepublik sieht sich auch als Arktis-naher Staat. Krisen in Afrika und Lateinamerika dämpften Chinas Ambitionen und Erfolg. Zum Vorwurf der Schuldenfalle, nach dem China schwache Volkswirtschaften in überdimensionierte Projekte treibe, sagte Noesselt deutlich: Manche Staaten seien bereits vor den chinesischen Engagements verschuldet und ihre Systeme desolat gewesen. Dennoch seien Chinas harte ökonomische Interessen und seine Versuche, Europas Wettbewerbsvorteile auszuhe-



© MESTER

beln, nicht zu übersehen. Und Peking sei schon auf der nächsten, erschreckenden Stufe der Datenwelt, so Noesselt: durch die so genannte „Digitale Seidenstraße“ und Chinas Technologiegiganten.

Bedrohung Taiwans

Zur Chinesischen Welt gehört auch die Insel Taiwan, auf die sich die Republik China nach dem Bürgerkrieg 1949 zurückzog. Jyh-why Shieh, Taiwans Repräsentant in Berlin, erläuterte die durch die zunehmenden Drohungen Pekings und vermehrten Verletzungen der Luft- und Seehoheit notwendigen neuen Verteidigungspläne. „Wir bauen U-Boote, um nicht unterzugehen.“ Taiwan ist in einer prekären Lage: gleichzeitig Schlüsselakteur in der modernen Elektronik- und Mobilitätsindustrie und strategisch gefährdet. Wer die Insel besitzt, kontrolliert das maritime Ostasien. Taiwan ist also ein wichtiger Partner für die USA und ihre Verbündeten. Taiwan würde sich ausgezeichnet als Marinestützpunkt eignen, so Shieh. Die traurige Erkenntnis aus der Entwicklung in Hongkong ist: Pekings Politik „Ein Land, zwei Systeme“ funktioniert nicht.

Neue Milliarden

Chinas Privatunternehmen schaffen inzwischen 80 Prozent der urbanen Jobs und 90 Prozent der neuen Arbeitsplätze. Anna-Katherina Schaper (Universität Würzburg) erforscht Unternehmertum und Innovation in China. Die staatlichen Firmen verlieren an Einfluss. Dennoch: Zu den Fortune Global 500 gehören 124 chinesische Unternehmen, darunter auch große Namen wie Sinopec, State Grid oder China National Petroleum. China hat 122 „Unicorns“, Privatunternehmen mit einer Bewertung von über einer Milliarde US-Dollar (die USA 249 und Deutschland 13). Hinter diesen

Erfolgsgeschichten stehen nicht nur politischer Wille, sondern staatlich gelenkte Innovationsstrategien und eine massive Unterstützung für Start-up-Systeme. Die Folge: Kapital und Top-Absolventen drängen in die neue High-Tech- und KI-Industrie. Personalisierte Ausbildungsplattformen lenken ehrgeizige Jugendliche in Chinas eigene „Silicon Valleys“. Um die acht Millionen Absolventen, die jährlich auf den Arbeitsmarkt drängen, zu absorbieren, wurde 2014 die staatliche Strategie des Massenunternehmertums aufgelegt.



Anna-Katherina Schaper: „China hat 122 Privatunternehmen mit einer Bewertung von über einer Milliarde US-Dollar.“

© Archiv (APB)

Daten-Tsunami

Lena Wassermann (Universität Würzburg) erklärte die Hintergründe des „Social Credit System“-Projekts: Mehrere Skandale (Steuerbetrug oder verunreinigtes Babymilchpulver) drohten zu politischen Krisen zu führen. Neues Vertrauen sollte durch externe Bewertungsinstrumente wiedergewonnen werden. Bewertet werden Inländer, Behörden und inländische sowie ausländische Unternehmen in China. Es wird zwischen „financial“ und „social“ unterschieden. Negativ fallen auf: Kreditüberziehung, Betrug, Veruntreuung, unangemessenes Verhalten und die Nichtbeachtung juristischer Auflagen. Freiwilliges gesellschaftliches Engagement und Spenden werden positiv gewertet. Staatliche Stellen und Privatunternehmen implementieren das System, zusätzlich steuern lokale Behörden Daten bei. Chinesen sehen das System positiv: Die Gesellschaft wird besser. Bestehendes Recht wird umgesetzt. Gesellschaftliche und sozialistische Werte erfahren Wertschätzung, schwarze Schafe werden bestraft. Außerdem sei es nur in etwa 30 Pilotstädten eingesetzt. Lena Wassermann sorgt sich um die Kontrolle dieses Daten-Tsunami. Kriterien sind nicht transparent, Beschwerderechte und Verjährung nicht gesichert. Schließlich werden nicht nur Jahresberichte, Kapitalauskünfte und Steuerinformationen von Unternehmen gesammelt, sondern auch Namen, Zahlungsverhalten, Verurteilungen, Auszeichnungen von Individuen und Informationen über ihre politische Haltung.

Chinas Minderheiten

Jedem Einwohner Chinas wird eine „minzu“, eine Nationalitäten- oder Volkszugehörigkeit zugeschrieben, die auch im Pass registriert ist, erklärte Michael Malzer (Universität Würzburg). Die offiziellen 55 Nationa-

litäten sind staatlich konstruiert. Über 90 Prozent der Chinesen in der Volksrepublik sind Han. Während sich das kaiserliche China während der letzten Qing-Dynastie noch als Vielvölkerstaat betrachtete und mehrsprachige Dokumente verfasste, droht den heutigen Minderheiten die Marginalisierung als museale Dekoration. Gebiete mit Autonomie-Status, insbesondere im Westen (Uiguren) und Süden, werden stärker überwacht als andere Provinzen und Landkreise in der Volksrepublik. Es herrschen große Unterschiede in Bildung und Einkommen – auch durch die oft großen Entfernungen zu Bildungsstätten und Gewerbezentren. Als Legitimationsgrundlage zur Modernisierung und Sinisierung ethnischer Minderheiten dienen die Notwendigkeit ökonomischer Entwicklung und die marxistische Forderung, Minderheiten aus ihren primitiven Lebensformen zu befreien. Bei Feldstudien in Nordchina konnte Malzer beobachten, dass Moscheen zurückgebaut wurden, Minarette und Kulturprojekte verschwanden, Museen geschlossen wurden.

Das Seminar wurde ergänzt durch Informationen über zusätzliche Bildungsangebote. Hue San Do stellte das Bildungsnetzwerk China vor, das Chinakompetenz insbesondere für junge Menschen aufbaut und vermittelt. Es wird von der Stiftung Mercator und vom Goethe-Institut unterstützt. Das Konfuzius-Institut München, eine staatliche chinesische Einrichtung, bietet Kurse und Prüfungen zur Erweiterung der chinesischen Sprachkompetenz, wie Yulu Miao erläuterte. Kurse zu Kunst und Kultur (Kalligraphie) ergänzen das Angebot. Andreas Wolfrum berichtete aus der Praxis des chinesischen Bildungssystems, in dem es vorrangig um die jeweils nächste Aufnahmeprüfung gehe. Chinesische Eltern hätten dezidierte Bildungsvorstellungen und investierten viel Geld. Massenveranstaltungen und Leistungsdruck dominierten den Schulalltag.

Saskia Hieber



Einkaufsstraße in Peking

© Marco Verch / CC-BY 2.0

Neubeginn nach Trumps Abwahl

Wird mit dem neuen US-Präsidenten Joe Biden alles anders? Kann er die polarisierte amerikanische Gesellschaft versöhnen und das transatlantische Verhältnis mit neuer Qualität versehen?

STEPHAN BIERLING (Universität Regensburg) analysierte die Kampfhaltung des ehemaligen Präsidenten Trump, von der er auch nach der verlorenen Wahl und dem Sturm seiner Anhänger auf das Kapitol in Washington am 6. Januar 2021 kaum abrückte. Seine Wählerschaft besteht zu 44 Prozent aus eingeschworenen Trumpisten: Das sind alte Konservative, frühere Nichtwähler und ältere Weiße aus den ehemaligen Industriegebieten. Dazu kommen 25 Prozent Wirtschaftsliberale und 31 Prozent Sozialkonservative und Evangelikale: alles maßgebliche Kräfte der amerikanischen Gesellschaft. Der Herausforderer Biden gewann, da er nicht nur – wie zu erwarten war – in den Städten, an den Küsten, bei Jüngeren und Akademikern punktete, sondern auch Swing States und traditionell republikanisch wählende Staaten gewonnen hat.

Trumps toxisches Erbe

Biden stehe vor großen Herausforderungen, um Trumps toxisches Erbe zu bewältigen. Nach über 30.000 von der Washington Post gezählten Lügen-Tweets Trumps gelte es nun, Kompetenz und Anstand zu beweisen und zu versuchen, Trumps Anhänger aus ihren Echo-kammern und Paralleluniversen zu holen. Biden und seine Vizepräsidentin Kamala Harris gelten als disziplinierte, hart arbeitende Profis mit viel Erfahrung, denen Selbstglorifizierung fremd ist. Der Kampf gegen Corona ist Bidens zweite große Aufgabe. Trump, so Bierling, war ein katastrophaler Versager in der Pandemiebekämpfung. Die dritte Herausforderung ist die Wirtschafts- und Sozialkrise. Corona hatte Erfolge in der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit zerstört. Die Regierung Biden investiert vierstellige Milliardensummen um die Erholung der Wirtschaft voranzutreiben und die Infrastruktur auszubauen. Die Anzahl der Nicht-versicherten gehe zurück, dennoch blieben Probleme: Junge Menschen wollen sich die Krankenversicherung sparen und Reiche brauchen sie nicht. Die Mittelschicht verdient zu wenig für eine Privatversicherung, aber oft zu viel für das Medicare-System der Armen.

Viertens ist die parteipolitische Polarisierung abzumildern, da die Parteien kommunizieren und Kompromisse finden müssen. Das politische System ist dys-



Glückwünsche für den gewählten US-Präsidenten Joe Biden und seine Vizepräsidentin Kamala Harris am New Yorker Times Square am 9. November 2020

© Massimo Giachetti / iStock by Getty Images

funktional, der Politikstil aggressiv – auch weil Trump Randgruppen ermutigt hatte. Schließlich muss die außenpolitische Führungskompetenz der Vereinigten Staaten wieder belebt werden. Trump hatte kein Verständnis für Internationale Beziehungen und Bündnis-systeme, er war bestenfalls an Handelsfragen interessiert. Das amerikanische Image in der Welt stürzte dramatisch ab.

Außenpolitische Herausforderungen

Präsident Biden wird Chinas Ansprüchen auf allen Politikfeldern entgegentreten müssen, erläuterte Stephan Bierling. Auch die Russlandpolitik erfordert neue Impulse, insbesondere bei der Rüstungskontrolle. Das transatlantische Verhältnis entwickelte sich bereits nach Ende des Kalten Krieges auseinander. Die USA haben eine Reihe von Kritikpunkten: Das Ziel, die Verteidigungsausgaben der NATO-Partner auf zwei Prozent zu heben, die Innenorientierung der Europapolitik, die Ablehnung des amerikanischen Angebots einer gemeinsamen Chinapolitik durch das schnell beschlossene Investitionsabkommen zwischen der EU und China. Da hätten sich deutsche Interessen rabi- at durchgesetzt. „Germany First“, so urteilte Bierling, werde Deutschland lange nicht verziehen. Das werde sichtbar im anhaltenden Handelsüberschuss, der für viele Länder ein Problem ist, oder auch im Pipeline-Projekt Nord Stream 2.



Saskia Hieber

Deutsche Einheit als fortwährende Herausforderung

Bei der Tagung zum 30. Jahrestag der Deutschen Einheit ging es weniger um den Blick zurück auf die historischen Ereignisse 1989/90. Im Mittelpunkt stand die Frage, in was für einem Land wir heute leben und inwiefern die aktuellen Herausforderungen in Politik und Gesellschaft immer noch durch Teilung und Einigungsprozess geprägt werden.

30 JAHRE vereintes Deutschland – das ist schon ein runder Geburtstag, der ohne die Corona-Beschränkungen sicher überall gebührend gefeiert worden wäre. Wobei der Begriff „Geburtstag“ etwas schief ist, denn ein neues Land wurde vor dreißig Jahren nicht geboren. Vielmehr trat die DDR der Bundesrepublik Deutschland bei. Was vordergründig als eine bloße Frage des Staatsrechts erscheint, hatte Auswirkungen darauf, wie viel sich in welchem Landesteil für die dort lebenden Menschen veränderte. Diese regional unterschiedlichen Erfahrungen mit der deutschen Einheit wirken bis heute fort. Daher ist es durchaus fraglich, ob man den 30. Jahrestag als ein „ganz Deutschland einendes Jubiläum“ bezeichnen kann, wie es im Jahresbericht der Bundesregierung zum Stand der Deutschen Einheit 2020 heißt.

Fehler beim Einheitsprozess

Diese Perspektive griff auch Michael Frehse, Leiter der Abteilung Heimat im Bundesinnenministerium, in seiner einführenden Standortbestimmung zur Lage Deutschlands auf. Während sich im Westen mit der Einheit kaum etwas geändert habe, sei diese für die Menschen in den neuen Ländern mit einem kompletten Neubeginn verbunden gewesen. Hinzu seien Fehler bei der Umsetzung der staatlichen und wirtschaftlichen Einheit gekommen, etwa durch den gewählten Umtauschkurs der Währungen oder die nicht immer segensreiche Arbeit der Treuhandanstalt. Und doch könne die deutsche Einheit nur als „wunderbarer Erfolg“ bewertet werden, da sie im Inneren wie im Äußeren ohne Blutvergießen vollzogen wurde, was nicht unbedingt zu erwarten gewesen sei.

Mit Blick auf die gegenwärtigen Lebensbedingungen in Deutschland setzte Frehse jedoch andere geographische Akzente: Zwar seien die Lebensbedingungen vor allem in Bayern und Baden-Württemberg



© MESTER

ganz überwiegend hervorragend, während es im Osten mit Ausnahme einiger Leuchtturmregionen deutliche Defizite gäbe. Entscheidend für die Zukunft unseres Landes sei aber eine dritte Region: der große Rest des Westens, zu dem etwa das Ruhrgebiet gehört und der in vielerlei Hinsicht auf der Kippe stehe. Gerade in diesen Gebieten müsse die staatliche Daseinsvorsorge ausgebaut werden, um Deutschland insgesamt zu stärken. Das sei auch mit einer Umverteilung staatlicher Mittel weg vom Osten hin zu anderen Regionen verbunden. Insgesamt ein deutliches Plädoyer, die Ost-West-Perspektive bei der Analyse gegenwärtiger Herausforderungen und bei der politischen Prioritätensetzung aufzugeben.

Demografie als Schlüssel

Steffen Maretzke vom Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung in Bonn wies anhand zahlreicher Strukturindikatoren nach, dass sich viele wirtschaftliche und soziale Disparitäten zwischen den alten und neuen Ländern zumindest kontinuierlich verringert haben. Bei isolierter Betrachtung verschiedener Indikatoren zeigten sich regionale Unterschiede daher bei weitem nicht nur entlang einer Ost-West-Dimension. Legt man diese Einzelbefunde jedoch übereinander und aggregiert die Datensätze zu einem Gesamtindikator, ergibt sich laut Maretzke aber ein anderes Bild. Es zeige, dass die neuen Länder vor besonders vielen Herausforderungen stehen, weil sich dort – anders als im Westen – unterschiedliche Problemlagen überlagerten und räumlich konzentrierten. Daher gebe es im Osten besonders viele strukturschwache oder peripher gelegene Räume. Besonders problematisch seien dabei die demografischen Disparitäten, die sich vor allem in der ungünstigen Altersstruktur der ost-deutschen Bevölkerung manifestierten. Politisch lie-

ßen sich diese kaum beeinflussen, so dass die Demografie auch weiterhin als Schlüsselfaktor für die Entwicklung Ostdeutschlands wirken werde. Immerhin: Auf die Lebenszufriedenheit der Menschen in den verschiedenen Landesteilen wirkten sich all diese Unterschiede kaum aus, denn sie sei im Osten wie im Westen in etwa gleich hoch.

Unterschiedliche Zufriedenheit

Susanne Pickel von der Universität Duisburg-Essen untersuchte in ihrem Beitrag die politischen Kulturen in West- und Ostdeutschland – und verwies auf markante Unterschiede. Diese zeigten sich aber weniger bei der generellen Anerkennung der Demokratie und deren Werte und Normen. Worin sich Deutsche in Ost und West unterschieden, sei vielmehr die Zufriedenheit mit der konkreten Verwirklichung der Demokratie in unserem Land. Und auch das Vertrauen in Parteien, Parlamente und Regierungen sei in den neuen Ländern deutlich geringer ausgeprägt als im alten Bundesgebiet.

Diese Ost-West-Unterschiede wurzeln laut Pickel vor allem im Gefühl vieler Ostdeutscher, kollektiv im Vergleich zu den Westdeutschen ungerecht behandelt zu werden (sogenannte relative Deprivation). So stimmten 2017 beispielsweise 69 Prozent der befragten Sachsen der Aussage zu, Ostdeutsche seien auch heute noch Bürger zweiter Klasse. Dieses weitverbreitete Gefühl kollektiver – nicht individueller – Benachteiligung und fehlender Anerkennung leite sich ab aus eigenen und überlieferten Erfahrungen sowie Narrativen. Daher sei es recht stabil und werde sich kurzfristig auch durch eine Verbesserung der wirtschaftlichen Situation nicht verändern.

Starkes Stadt-Land-Gefälle

Zum zivilgesellschaftlichen Engagement verwies Volker Mittendorf vom Institut für Demokratie- und Partizipationsforschung in Wuppertal einerseits auf ebenfalls deutliche Ost-West-Unterschiede, wobei es deutschlandweit allerdings auch ein starkes Stadt-Land-Gefälle gebe. Entscheidend für ein hohes Maß an zivilgesellschaftlichem Engagement sei die lokale Vernetzung der Menschen, die wiederum unter anderem vom Bildungsniveau und sozio-ökonomischen Faktoren abhängen. Eine engmaschige Vernetzung zum Beispiel in Vereinen trage auch zu einer höheren politischen Partizipation bei. Da in der DDR aber gerade die Betriebe einen Ankerpunkt für viele gesellschaftliche Aktivitäten gebildet hätten und diese Traditionslinie mit der deutschen Einheit weggebrochen sei, hinke die lokale Vernetzung der Menschen in vielen Regionen Ostdeutschlands auch gegenwärtig noch hinterher. In der anschließenden Diskussion wurden zudem die bereits erwähnten demogra-

fischen Ost-West-Unterschiede als Hemmnis für ein starkes zivilgesellschaftliches Engagement identifiziert, weil durch Abwanderung und Überalterung die Basis für dieses Engagement schwinde.

Demokratielabor im Osten

Vor diesem Hintergrund mag es zunächst wenig überraschen, dass auch Benjamin Höhne vom Institut für Parlamentarismusforschung in Berlin beim Wahlverhalten und den jeweiligen Parteiensystemen deutliche Ost-West-Disparitäten identifizierte. Besonders bedenklich stimmten die Daten Höhnes zu den politischen Einstellungen der Parteimitglieder, also der (wenigen) politisch Aktiven. Auch unter ihnen hätten im Osten Deutschlands beispielsweise 38 Prozent kein Vertrauen in die Demokratie (im Westen: 20 Prozent).



Der Niedergang der chemischen Industrie im ehemaligen Kombinat Bitterfeld kennzeichnet den Strukturwandel der Wirtschaft in Ostdeutschland.

© Bundesarchiv, DH 2 Bild-F-01956 (Wolter) / CC-BY-SA 3.0

Interessant war auch der Befund, dass Ostdeutschland in vielerlei Hinsicht als Demokratielabor gewirkt habe, in dem sich bestimmte Entwicklungen, unter anderem die Erprobung einiger Koalitionsmodelle, früher vollzogen hätten als andernorts. Daher verwundert es nicht, dass in der Diskussion auch die Rolle der AfD im Osten Deutschlands und das Verhalten der CDU ihr gegenüber besonders kontrovers aufgegriffen wurden.

Zukunftsängste und Populismus

Einen Einblick in die vielfältigen Ursachen des erstarken Populismus in Ostdeutschland gewährte Joachim Klose, der das Politische Bildungsforum Sachsen der Konrad-Adenauer-Stiftung leitet. So führten sozioökonomischen Entwicklungen wie eine wachsende Ver- und Überschuldung zu realen Zukunftsängsten, während gleichzeitig unterstützende Sozialräume wie die Familie aufgrund von Abwanderung und anderen demografischen Veränderungen erodierten. Hinzu kämen tradierte Ressentiments, die durch eine veränderte Nutzung von Medien – weg vom professionellen Qualitätsjourna-

lismus, hin zu digitalen Angeboten – verstärkt würden. Die somit wachsende Verunsicherung schlage sich in einem Zulauf für Bewegungen wie Pegida nieder.

Transformationskompetenz

Gleich zwei Beträge der Tagung beschäftigten sich mit jüngeren ostdeutschen Generationen. René Sternberg analysierte als Vertreter des Netzwerks „3te Generation Ost“ die Rolle der Wendekinder, geboren zwischen 1975 und 1985 in der DDR, bei der Besetzung von Führungspositionen durch Ostdeutsche. Der Hintergrund: Menschen aus den neuen Ländern sind in den Funktionseliten vieler gesellschaftlicher Bereiche kaum vertreten. So stellten Ostdeutsche selbst in Ostdeutschland nur 23 Prozent der dortigen Führungskräfte. Dies habe zum einen mit dem zweifachen Elitenaustausch nach 1945 und 1989 zu tun. Eine wichtige Rolle spiele aber auch der sinkende Studierendenanteil in der DDR in den 1970er und 80er Jahren, so dass dort weniger formal Hochgebildete für Führungspositionen verfügbar gewesen seien. Nicht zu unterschätzen ist laut Sternberg aber auch die – bewusste wie unbewusste – Marginalisierung potentieller ostdeutscher Führungskräfte durch die westdeutsch geprägte Mehrheitsgesellschaft. Daher sei eine Änderung dieser Situation auch nur mit Unterstützung der Mehrheitsgesellschaft möglich, die vor allem die Transformationskompetenz der Wendekinder schätzen und für die anstehenden Veränderungen in Deutschland aktivieren sollte.

Leerstellen in Biografien

Johannes Nichelmann, Autor des Buches „Nachwendekinder: Die DDR, unsere Eltern und das große Schweigen“, gewährte in einer Lesung Einblicke in die Erfahrungen der zwischen 1985 und 1992 im Osten Deutschlands Geborenen. Er beschreibt dabei sehr differenziert die Ambivalenzen des Lebens in der DDR, über das jedoch häufig keine Aussprache zwischen den verschiedenen Generationen stattfände. Daher fänden sich viele Leerstellen in den Familienbiografien der von ihm Portraitierten, die sich oft erst in der Fremde – sprich: nach dem Umzug nach Westdeutschland – ihrer ostdeutschen Identität bewusst geworden seien. Auch Nichelmann problematisierte dabei das Verhältnis zwischen ostdeutscher Minderheits- und westdeutscher Mehrheitsgesellschaft, das selbst in der jüngeren Generation für Spannungen Sorge.

Der abschließende Teil dieser Tagung war der politischen Handlungsfähigkeit des Ostens gewidmet. Dabei vertiefte zunächst Thomas Lenk von der Universität Leipzig, einige Aspekte der regionalen Wirtschaftskraft und der damit verbundenen originären Finanzausstattung der neuen Länder. Dem föderalen Finanzausgleich, dessen komplizierte Mechanismen Lenk fast im Stile eines Kriminalromans entwirrte,

komme demnach eine erhebliche ausgleichende Wirkung zu, die die überproportionale Einnahmeschwäche der östlichen Länder auffange und ihre finanzielle Handlungsfähigkeit deutlich stärke.

Föderaler Konstruktionsfehler

An der anschließenden Diskussionsrunde nahmen neben Lenk auch Madeleine Henfling, Vizepräsidentin des Thüringer Landtags (Bündnis 90/Die Grünen), und Hendrik Träger vom Sächsischen Kompetenzzentrum Landes- und Kommunalpolitik teil. Sie hoben zwar einerseits hervor, dass es „den“ Osten als homogene Kategorie nicht gäbe, betonten andererseits aber nochmals die großen politisch-kulturellen Gemeinsamkeiten der dort lebenden Menschen. Insbesondere Henfling



Madeleine Henfling (Bündnis 90/Die Grünen) ist Vizepräsidentin des Thüringer Landtags.

© Winterer (APB)

unterstrich zudem die Bedeutung einer institutionellen Vertretung ostdeutscher Interessen zum Beispiel in den Parteigremien, damit diese dort wahrgenommen würden. Lenk bezeichnete es demgegenüber als föderalen Konstruktionsfehler, dass auf dem Gebiet der ehemaligen DDR fünf Länder entstanden seien, die dadurch jeweils über eine zu geringe Bevölkerung verfügten und somit zu

einem abgestimmten Handeln genötigt seien, um politisch Gehör zu finden. Einigkeit herrschte auf dem Podium auch dahingehend, dass die staatliche Standort- und Wirtschaftsförderung gerade in den neuen Ländern einen wichtigen Beitrag zur regionalen Demokratieförderung leiste.

Positive Veränderungen

Die Tagung zeigte, in welchem Ausmaß Unterschiede zwischen Ost und West in Deutschland auch 30 Jahre nach Wiederherstellung der staatlichen Einheit fortbestehen. Sie sind aber nicht immer auf die deutsche Teilung und deren Folgen zurückzuführen, sondern auch anderen strukturellen Gegebenheiten geschuldet, die viele Regionen in den neuen Ländern als strukturschwach und peripher gelegen charakterisieren. Eine wichtige Rolle spielen gleichwohl demografische Faktoren, deren problematische Entwicklung durchaus teilungs- bzw. einigungsbedingt ist. Bei der Längsschnittanalyse vieler Aspekte treten die inzwischen erreichten positiven Veränderungen deutlich zutage; dennoch bleiben zahlreiche Herausforderungen auf dem Weg zur inneren Einheit bestehen. 

Jörg Siegmund

Simon Faets ist unser neuer Philosoph

Wir begrüßen ein neues Mitglied im wissenschaftlichen Kollegium unserer Akademie. Simon Faets ist seit Februar für den Arbeitsbereich "Theoretische und ethische Grundlagen der Politik" zuständig. Er folgt Roberta Astolfi nach, die unser Haus nach zwei Jahren auf eigenen Wunsch verlassen hat.

DER 32-JÄHRIGE hat an der Universität Münster Katholische Theologie studiert und wird demnächst an der Hochschule für Philosophie in München seine Promotion abschließen. Im Interview erklärt der neue Kollege, was Philosophie und politische Bildung verbindet, und spricht über den Stand seiner Dissertation und seine geplanten Projekte an der Akademie.

Akademie-Report: *Sie starten unter Corona-Bedingungen. Wie sind die ersten Tage an der Akademie gelaufen?*

Faets: Einerseits sehr schön, ich wurde herzlich aufgenommen. Trotzdem ist es ein komisches Gefühl, dass kaum Kolleginnen und Kollegen im Haus sind. Aber ich bin glücklich und lebe mich gut ein.

Philosophen stellt man sich eher hinter Büchern vor. Was hat Sie zur politischen Bildung gebracht?

Philosophen und Philosophinnen müssen im Leben stehen und an dem teilnehmen, was in der Gesellschaft passiert. Wenn man dieses Selbstverständnis hat, kommt man sehr schnell zur politischen Bildung. Man hat hier die Möglichkeit, Themen, die man am Schnittpunkt von Theorie und Praxis bearbeitet, noch mehr in die Praxis einzuspeisen – und selbst schlauer zu werden, zum Beispiel durch Kooperationspartner. Das ist für mich etwas sehr Reizvolles. Deswegen halte ich schon seit einigen Jahren Vorträge an der Volkshochschule und leite dort Diskussionsgruppen, von Grundbegriffen der politischen Philosophie wie Solidarität und Gerechtigkeit bis hin zu aktuellen Themen wie Corona oder Tierethik.

Mit Ihrer Dissertation an der Hochschule für Philosophie sind Sie fast fertig. Worum geht es in der Arbeit?

Um Christoph Menkes Kritik der Rechte. Menke ist einer der wichtigsten Denker der Kritischen Theorie im deutschsprachigen Raum, der Frankfurter Schule.

Meine Kritik an Menke besteht darin, dass er die Ausschlüsse aus dem Recht nicht mitdenkt. Für ihn ist das Problematische des Rechts hauptsächlich, dass es gesellschaftliche Praktiken und Diskurse entpolitisiert. Und ich frage mich, wie kann man zum Beispiel mit dem Thema Flucht und Migration im Recht umgehen, also mit dem Phänomen von illegalisierten Menschen. Dazu schaue ich mir den Begriff der „Biopolitik“ von Michel Foucault an und konkretisiere ihn unter anderem mit Judith Butler. Sie ist sozusagen die wichtigste Autorin für meine Arbeit. Ich versuche nachzuvollziehen, wie man die Exklusion aus dem Recht kritisch reflektieren und in einer Kritischen Rechtstheorie thematisieren kann.

Das klingt spannend. Ist Judith Butler Ihre Lieblingsdenkerin?

Ich komme vor allem aus der Kritischen Theorie, aber auch vom Poststrukturalismus und Pragmatismus her. Und ich finde, in dem Bereich ist Judith Butler eine der umfassendsten Denkerinnen, weil sie aktuelle gesellschaftspolitische Probleme besonders kritisch und innovativ beleuchtet und sehr interessante

Perspektiven aufzeigt. Und Christoph Menke ist natürlich auch sehr spannend. Was mich aber daneben immer stärker interessiert, sind postkoloniale und dekoloniale Theorien. Sie schauen sich zum Beispiel an, inwiefern moderne Demokratien ihre Wurzeln in kolonialen Herrschaftskontexten haben und wie dadurch Ungerechtigkeiten und Machtunterschiede transportiert werden.



Simon Faets will als Philosoph mitten im Leben stehen und ist seit Februar für den Arbeitsbereich "Theoretische und ethische Grundlagen der Politik" zuständig.

© Winterer (APB)

Ein Denker, der für mich eine große Rolle spielt und auch in meiner Dissertation zum Tragen kommt, ist Achille Mbembe. Er beschäftigt sich viel damit, wie man dem Rassismus zum Trotz das Gemeinsame unter den Menschen denken kann. Und ich finde Theorien am Schnittpunkt von Philosophie und Theologie sehr interessant. Also wenn sich Philosophinnen und Philosophen auf politische Weise mit Exodus-Traditionen befassen, wie zum Beispiel Daniel Loick.

Sie haben Theologie studiert. Wieso der Wechsel in die Philosophie?

Die Verbindung liegt sehr nah, weil man im Theologiestudium sowieso sehr viel Philosophie macht, praktisch die gesamte Geschichte und auch viel Systematik. Und philosophische Fragen haben mich schon immer sehr interessiert, vor allem in Bezug auf die politische Wirklichkeit. Deshalb bin ich nach meinem Abschluss von Münster nach München gewechselt und habe ein Promotionsstudium in Philosophie begonnen.

Welche thematischen Schwerpunkte wollen Sie an der Akademie setzen?

Ich finde ganz verschiedene Themen spannend und passend für die Akademie. Eines, das ich aus der Promotion mitnehme, ist die Flüchtlingspolitik. Zum Klimawandel gibt es auf alle Fälle auch Formate, die man machen sollte. Und ich möchte mich mit dem Unterschied zwischen Freiheit und Befreiung beschäftigen. Dazu gibt es in der Kritischen Theorie aktuell eine Debatte. In der Ethik und Philosophie wird gerade darüber diskutiert, ob und wie es Universalismus überhaupt noch gibt. Damit sind zum Beispiel universelle Menschenrechte gemeint. Gibt es die global oder wird der Diskurs eurozentrisch geführt? Hier beschäftigt mich vor allem die Frage, wie man Gegen-Universalismen aufmachen kann – durch Wissenschaft und Alltagspraxis aus anderen Teilen der Welt, vor allem aus dem globalen Süden.

Womit beschäftigen Sie sich in Ihrer Freizeit?

So viele Hobbys hat man während Corona leider nicht... (lacht) Kunstmuseen, Kinos und Ähnliches sind ja oft geschlossen. Momentan arbeite ich in meiner Freizeit noch sehr viel an meiner Promotion. Vor einem Jahr habe ich mit Calisthenics angefangen, also Sport mit dem eigenen Körpergewicht, weil die Sportstudios geschlossen waren. Das finde ich faszinierend und ich fuchse mich immer wieder in neue Übungen rein. Und ich bin ein ziemlicher Serien-Junkie. Manche Serien sind es übrigens wert, auch wissenschaftlich thematisiert zu werden.

Was schauen Sie denn am liebsten?

Die beste Serie überhaupt ist für mich „Breaking Bad“. Ich weiß, das ist ein Klassiker, aber ein ganz hervorragender. „True Detective“ finde ich auch sehr gut. Das sind spannende Filme, in denen gesellschaftliche Debatten aufgenommen und durchgespielt werden und die auch einfach sehr unterhaltsam sind. Das finde ich total interessant.

Damit sollten Sie auch den Corona-Alltag bewältigen, bis an der Akademie wieder mehr passiert. Viel Erfolg bei den neuen Aufgaben!



Das Gespräch führte Beate Winterer.

Akademiedirektorin:

Prof. Dr. Ursula Münch

Vorsitzender des Kuratoriums:

Dr. Friedrich Wilhelm Rothenpieler

Vorsitzender des Beirats:

Prof. Dr. Klaus Meisel

Kollegium:

Simon Faets, M.A.

Ethische und theoretische Grundlagen der Politik

Dr. Saskia Hieber

Internationale Politik, Schwerpunkt Asien-Pazifik

Dr. Andreas Kalina

Gesellschaftlicher und politischer Wandel

Dr. Gero Kellermann

Staats- und Verfassungsrecht, Rechtspolitik

Kinza Khan, M.A.

Medien, Kommunikationspolitik

Dr. Michael Mayer

Zeitgeschichte

Dr. Giulia Mennillo

Wirtschafts- und Sozialpolitik

Dr. Anja Opitz (beurlaubt)

Internationale Politik

Dr. Manfred Schwarzmeier

Organisationsreferent

Parlamentarismus- und Parteienforschung

Jörg Siegmund, M.A.

Persönlicher Referent der Direktorin

Demokratie- und Wahlforschung, Politikevaluation

Presse- und Öffentlichkeitsarbeit:

Beate Winterer, M.A.

Gründungsmutter der Akademie

Am 11. Mai 2021 wäre die Grande Dame des deutschen Liberalismus, die frühere FDP-Politikerin Hildegard Hamm-Brücher, 100 Jahre alt geworden. Zum Geburtstag dieser inspirierenden Persönlichkeit beleuchten wir ihre herausragende Rolle bei der Gründung unserer Akademie.

HILDEGARD BRÜCHER (ab 1956 Hamm-Brücher), FDP-Abgeordnete des Bayerischen Landtags, hatte 1955 als Gast sowohl an der ersten wie auch der zweiten Tagung des sogenannten „Grünwalder Arbeitskreises“ teilgenommen. Der setzte sich aus namhaften deutschen Wissenschaftlern, Pädagogen, Politikern und Beamten zusammen und machte sich Gedanken über Konzeption und institutionelle Absicherung der politischen Bildung in Bayern. Daraus gingen die „Empfehlungen über die Gründung einer Akademie für Politische Bildung“ (Grünwalder Gutachten) hervor.

Für die damalige Viererkoalition aus SPD, Bayernpartei, Gesamtdeutschem Block und FDP hielt Hamm-Brücher am 24. April 1956 – also vor ziemlich genau 65 Jahren – im Plenum des Landtags die Rede zur Einbringung des Gesetzentwurfs über „die Errichtung einer Akademie für Politische Bildung“. Sie fungierte im Verlauf der Gesetzesberatungen auch als Mitberichterstatteerin im Kulturpolitischen Ausschuss. Ihr verdankt unsere Akademie auch die Charakterisierung als „geistig-pädagogisches Kraftzentrum“.

Sie sagte damals: „Es ist deshalb die erste und wichtigste Aufgabe jeder politischen Bildung, das ‚Wesen des Demokratischen‘ – wie es einmal genannt wurde – anschaulich zu machen und ein lebendiges Verhältnis zwischen dem Staatsbürger und den politischen Einrichtungen des Staates herzustellen und zu pflegen. Diese Notwendigkeit ist zwar schon oft erkannt und anerkannt worden; mit ihrer Verwirklichung aber hatten wir bisher wenig Erfolg. (...) Diesen Auftrag nun soll die geplante ‚Akademie für Politische Bildung‘ erhalten. Sie soll keine Schule, keine Hochschule oder Volkshochschule herkömmlicher Art sein, sondern ein geistig-pädagogisches Kraftzentrum für die gesamte politische Bildungsarbeit.“

Als Vertreterin der FDP gehörte sie ab September 1957 – bis zu ihrem vorübergehenden Ausscheiden



Hildegard Hamm-Brücher 2007 im Landtag bei der 50-Jahr-Feier der Akademie für Politische Bildung

© Rolf Poss / Archiv APB

aus dem Bayerischen Landtag im Jahre 1966 – dem Gründungskuratorium der Akademie an. Sie war Mitglied im wichtigen Richtlinienausschuss.

Demokratieförderung als Programm

Auch danach blieb sie der Akademie in vielfältiger Weise eng verbunden. Bis zuletzt galt ihr Engagement der politischen Bildung – gerade der jungen Generation. Sie stiftete den „Hildegard Hamm-Brücher-Förderpreis für Demokratie lernen und erfahren“, der häufig in unserer Akademie verliehen wurde – in ihrer Anwesenheit zuletzt im Juni 2016 an die Kölner Oberbürgermeisterin Henriette Reker. Darüber hinaus initiierte sie die „Lernstatt Demokratie“, bei der Kinder und Jugendliche aus ganz Deutschland ihre ausgezeichneten Projekte zur politischen Bildung und Demokratieförderung in unserer Akademie in Tutzing präsentierten.

Hildegard Hamm-Brücher wusste aus eigener leidvoller Erfahrung während des Nationalsozialismus um die Gefährdungen der Demokratie und setzte sich Zeit ihres Lebens voller Leidenschaft und Vehemenz für deren Erhalt und Ausbau ein. Auch darin war sie sich mit uns immer einig. Der Kampf für Freiheit und Demokratie und gegen Totalitarismus und Extremismus jeglicher Couleur prägte nicht nur ihre politische Laufbahn, sondern ihr ganzes bemerkenswertes Leben.

Voller Freude und Stolz schaute sie bei ihren Besuchen in Tutzing auf die Entwicklung unserer Akademie seit ihrer Gründung, an der sie so großen Anteil hatte. Wir wissen, dass wir Hildegard Hamm-Brücher sehr viel zu verdanken haben und werden dieser großen – im wahrsten Sinne – Liberalen stets ein dankbares und ehrendes Andenken bewahren.



Steffen H. Elsner

Neues Digitalformat: der Wissenschaftstalk am Abend

KRISEN wie die gegenwärtige Pandemie bringen Herausforderungen und Ungewissheiten mit sich. Oft kommt es zu Umbrüchen: Gewohntes und Hergebrachtes wird überdacht. Wir setzen Impulse, testen neue Formate und entwickeln sie weiter.

Seit November 2020 ist unsere Akademie für Tagungen und öffentliche Veranstaltungen geschlossen. Deswegen bringen wir die Themen, Vorträge und Diskussionen jetzt zu unseren Gästen nach Hause. Seit März gibt es unsere neue Live-Veranstaltungsreihe: „Akademie am Abend - Der digitale Wissenschaftstalk der Akademie für Politische Bildung“. Die Akademiedirektorin und die Mitglieder des wissenschaftlichen Kollegiums referieren live in Kurzvorträgen zu aktuellen Themen aus ihren Fachbereichen und freuen sich anschließend auf Fragen und das gemeinsame Gespräch: regelmäßig, meinungsstark und zum Mitdiskutieren via Zoom. Und kostenlos!

Mit dem Wissenschaftstalk erweitern wir unsere digitalen Angebote – den Podcast „Akademie fürs Ohr“, die „Akademievorträge am See – im Netz“ und die „Werkstattgespräche“ – ganz bewusst um eine interaktive Komponente, bei der die Gäste mitreden können.



© BILDSCHIRM: ISTOCK/NASTCO /
FOTOGRAFIE: APB (ARCHIV)

Im März und April standen Themen wie das Superwahljahr, wirtschaftliche Probleme in der Krise, die EU, historische Pandemien, Migration, China und die Medienqualität auf dem Programm. Die Reihe wird fortgesetzt. Aktuelle Informationen dazu gibt es auf der Homepage der Akademie: www.apb-tutzing.de.

 MS



Namen und Nachrichten aus der Akademie

Kollegium

Dr. Saskia Hieber sprach über Chinas Neue Seidenstraße und moderierte eine internationale Konferenz über „Regional Comprehensive Economic Partnership“ (RCEP), die größte Freihandelszone der Welt in Asien. Sie wurde zu Chinas Auslandsinvestitionen interviewt und hielt Vorträge über: globale Machtveränderungen, China – High-Tech-Superpower, Populismus in den USA sowie Nationalismus und Systemkonkurrenz in Bezug auf Chinas Autoritarismus. Hieber wurde in den Wissenschaftlichen Beirat der Deutschen Gesellschaft für Asienkunde berufen.

Dr. Andreas Kalina sprach anlässlich des 55. Pan-europa-Tages in Andechs zum Thema „Leben in Blasen – haben wir noch etwas gemeinsam?“. In Tutzing erörterte er in seinem Vortrag „Doppelter Paradigmenwechsel“ wie die Corona-Krise zum endgültigen Charakterwandel der Europäischen Union beiträgt. Im Rahmen der Auftaktveranstaltung zur ARD-Themenwoche „Stadt. Land. Wandel gemeinsam gestalten“ hielt Kalina den Eröffnungsvortrag zum Thema „Wie ist es um Stadt und Land in Deutschland bestellt? Vier Botschaften zum Nach- und Weiterdenken“. An der Universität Passau bietet er im Sommersemester 2021 das Oberseminar „EU 2021: Zäsur, Umbruch oder

Kontinuität? Europäische Integration in Zeiten von großen Transformationen und globalen Herausforderungen“ an.

Dr. Gero Kellermann nahm zwei Videovorträge an der Akademie für Lehrerfortbildung und Personalführung Dillingen im neuen „Lernraum.Zukunft“ auf (<https://lernraumzukunft.alp.dillingen.de/>). Themen waren aus Anlass des 75-jährigen Jubiläums der Bayerischen Verfassung „Der Bayerische Verfassungsgerichtshof“ und „Plebiszitäre Elemente in der Bayerischen Verfassung“.

Dr. Michael Mayer sprach auf der Jahrestagung der Österreichischen Gesellschaft für Exilforschung in Wien zum Thema „The English Workhouse at Its Worst Was Better: The Federal Reception Camp for Asylum Seekers in Valka (Federal Republic of Germany) between Segregation and Opening 1950 to 1960“.

Dr. Michael Schröder sprach im TV-Sender ARD-alpha in der Reihe „alpha demokratie“ über „Wie soziale Medien Politik verändern“. Beim „Digitalen Tag zur Politischen Bildung in Zeiten des technologischen Umbruchs“ der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg referierte er über „Digitale Formate der Akademie für Politische Bildung“.



Namen und Nachrichten aus der Akademie

Direktorin

Prof. Dr. Ursula Münch schied nach mehrjähriger Zugehörigkeit aus dem Vorstand des Forschungszentrums RISK (Risiko, Infrastruktur, Sicherheit, Konflikt) der Universität der Bundeswehr München aus, bleibt aber weiterhin Mitglied des Forschungszentrums. Neu berufen wurde sie als „Fellow“ der NRW School of Governance, einer von Prof. Dr. Karl-Rudolf Korte geleiteten „Professional School“ an der Universität Duisburg-Essen.

Unter den vielen Online-Veranstaltungen ragte ein Präsenztermin heraus: Anlässlich des 75. Gründungsjubiläums des Bayerischen Volkshochschulverbands e.V. moderierte Prof. Münch eine prominent besetzte Podiumsrunde, die sich im Rahmen der Auftaktveranstaltung mit der Bedeutung der Verankerung der Volkshochschularbeit in der Bayerischen Verfassung einerseits und der Zukunft der Volkshochschulen in und nach der Pandemie andererseits befasste. Da nur die Podiumsgäste (natürlich getestet) vor Ort präsent waren, das Publikum aber online teilnahm, ist die Veranstaltung im Netz abrufbar (<https://www.youtube.com/watch?v=Oe-O4jw0a8M>).

Zu Ehren der Namensgeberin hielt die Direktorin im Städtischen Sophie-Scholl-Gymnasium München anlässlich einer (digitalen) Feier zum 100. Geburtstag von Sophie Scholl am 9. Mai den Festvortrag über die Herausforderung der rechtsstaatlichen Demokratie durch die digitalen Netzwerke. Sie durfte die neue Reihe „Akademie am Abend. Der digitale Wissenschaftstalk der Akademie für Politische Bildung“ mit einem Vortrag zum Verhältnis zwischen Bürgern und Parteien im Superwahljahr 2021 einleiten. In der Reihe „acatech am Dienstag“ sprach und diskutierte Prof. Münch über „Demokratie und Technik“. Beim Medienkompetenztag 2021 des Bayerischen Rundfunks unter dem Motto „Mensch Medien! Was braucht digitale Bildung?“ nahm sie an einem Webtalk zum Thema „Deutschland vor der Wahl“ teil. Und in einem Vortrag für einen Online-Selbstlernkurs der Akademie für Lehrerfortbildung und Personalführung Dillingen befasste sie sich mit „Parlament und Regierung in Bayern“ und den bayerischen Besonderheiten in der Ausgestaltung eines parlamentarischen Regierungssystems.

BITTE BEACHTEN

Wegen der bei Redaktionsschluss noch gültigen Beschränkungen aufgrund der Corona-Pandemie stehen derzeit noch einige Programmankündigungen unter Vorbehalt. Wir bitten um Verständnis. Bitte beachten Sie die aktuellen Programmhinweise sowie unsere digitalen Angebote auf unserer Webseite: www.apb-tutzing.de

Wir freuen uns, wenn wir Sie möglichst bald wieder als Gäste eines halbwegs normalen Tagungsbetriebs in unserer Akademie begrüßen können.